Deutscher Bundestag **Drucksache 19/15002**

19. Wahlperiode 11.11.2019

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 26. bis 29. Mai 2017 in Tiflis, Georgien

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Mitglieder der deutschen Delegation 2
2. Ablauf der Tagung 2
3. Politischer Ausschuss (PC) 2
4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC) 5
5. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS) 9
6. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC) 12
7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC) 15
8. Plenarsitzung 18
Abkürzungsverzeichnis 22
Anlage Erklärung 435 23

1. Mitglieder der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag

Abgeordneter Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete Ulla Schmitt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordnete Karin Evers-Meyer (SPD),
Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD)
Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),

Bundesrat:

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,
Senator Andreas Geisel (SPD), Berlin.

2. Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 27. Mai 2017, und am Sonntag, 28. Mai 2017, statt. Das Plenum tagte am Montag, 29. Mai 2017.

I. Schwerpunkt der Debatten

In den Ausschüssen sowie im Plenum waren Schwerpunkte der Debatten die Unterstützung der euroatlantischen Integration Georgiens, das Thema Lastenteilung und das Zwei-Prozent-Ziel der NATO, der Umgang mit Russland sowie die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Brüssel.

II. Ständiger Ausschuss

Der Ständige Ausschuss beriet über den Antrag der türkischen Delegation, ihren Stimmenanteil von zwölf auf 18 zu erhöhen. Das internationale Sekretariat der NATO PV hatte dargelegt, in der Vergangenheit habe sich die NATO PV in der Frage der Stimmzuteilung an dem Vorgehen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PVER) orientiert. 2015 habe die PVER eine Erhöhung von zwölf auf 18 Stimmen für die türkische Delegation beschlossen. Die Bevölkerungsgröße sei alleiniges Kriterium. Zwölf Sitze stelle bei einer Bevölkerung in Höhe von knapp 79 Millionen eine „Anomalie“ da. Die Einhaltung demokratischer Grundsätze sei in der Vergangenheit nicht als Kriterium herangezogen worden und nur für die Aufnahme neuer Mitglieder relevant. Bedenken hinsichtlich der Einhaltung demokratischer Grundsätze hätten zur Suspendierung von Delegationen, nicht jedoch zur Reduzierung der Anzahl der Sitze geführt (Beispiel: von 1967 bis 1975 keine griechische, 1981 bis 1983 keine türkische Delegation in der NATO PV).

Der Ständige Ausschuss stimmt dem Antrag der türkischen Delegation zu.

3. Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Sonntag, 28. Mai 2017, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland).

I. Ansprache des georgischen Außenministers Mikheil Janelidze zum Thema „Schwerpunkte der georgischen Außen- und Sicherheitspolitik“

Außenminister **Mikheil Janelidze** erklärte, für Georgien habe die Fortsetzung der NATO-Politik der „Offenen Tür“ große Bedeutung. Georgien verfüge über alle erforderlichen Mittel, um den Traum der georgischen Bevölkerung von einer Mitgliedschaft des Landes in der NATO zu erfüllen. Das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union sei nicht das Endziel, vielmehr strebe sein Land eine tiefere politische Integration mit der EU an. 20 Prozent des georgischen Gebiets seien seit dem Angriff von 2008 von Russland besetzt. Georgien halte an einer friedlichen Lösung des Konflikts fest, engagiere sich für die Einhaltung internationalen Rechts und setze sich für die Energiesicherheit in Europa und Asien ein. Er forderte ein einheitliches Auftreten von EU und NATO

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

gegen asymmetrische und hybride Bedrohungen. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten durch Russland sei nicht akzeptabel. Georgien werde den Prozess der Annäherung an die NATO fortführen und habe große Fortschritte auf dem Weg zu einer wahrhaften Demokratie gemacht. Die staatliche Neuausrichtung der georgischen Gesellschaft bleibe oberste Priorität der Regierung. Die auf den Weg gebrachte und mit dem Europarat abgestimmte Justizreform diene der Absicherung der Unabhängigkeit der Gerichte. Die angestrengte Verfassungsreform erfolge in Abstimmung mit der Venedig-Kommission des Europarates und sei Indiz für das Streben nach mehr Demokratie. Die seit sechs Jahren offen geführte Debatte über die Verfassungsreform zeige das Bemühen der Regierung, alle politischen Akteure einzubeziehen. Er ging auf die in Genf geführten Friedensgespräche ein und erklärte, Russland nehme keine konstruktive Haltung bei den Themen Nichtanwendung von Gewalt, Schaffung von Sicherheitszonen und Umgang mit Binnenvertriebenen ein. Auch nach 40 Gesprächsrunden seien keine Fortschritte erzielt worden. Er forderte den Zugang zu den besetzten georgischen Gebieten und die Zulassung von internationalen Beobachtern.

In der Debatte erkundigte sich Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen), inwieweit die von Experten und Politikern geäußerte Sorge zutreffe, dass Russland sich durch die Aufnahme in den *Membership Action Plan* (Aktionsplan zur Mitgliedschaft, MAP) von Georgien provoziert fühlen könnte. Außenminister **Mikheil Janelidze** erklärte, eine Aufnahmen in den MAP sei nicht gegen Russland gerichtet und eine Zwischenetappe zur NATO-Mitgliedschaft. Sein Land könne souverän entscheiden, ob es Teil einer Wertegemeinschaft werden wolle. Georgien verspreche sich von der NATO-Mitgliedschaft Stabilität und Wohlstand und beabsichtige niemanden in einen militärischen Konflikt hineinzuziehen. Der weitere Ausbau der Handelsbeziehungen mit Russland, der Tourismus mit und der Transit für Russland würden fortgeführt und verdeutlichten den konstruktiven Ansatz Georgiens. 80 Prozent der Bevölkerung sprächen sich für einen Beitritt zur NATO, 90 Prozent für einen Beitritt in die EU aus.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Russland: vom Partner zum Rivalen“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Abgeordnete Rasa Jukneviciene (Litauen)

Generalberichterstatterin Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) stellte dar, die Beziehungen der NATO zur Russischen Föderation hätten seit Beendigung des Kalten Krieges den tiefsten Punkt erreicht. Russland untergrabe die politischen Systeme der NATO-Mitgliedsländer, mische sich in deren Gesellschaften ein und werde besonders durch ein sicherheitspolitisches Vakuum provoziert. Sie forderte die NATO auf, stärker auf Georgien zuzugehen, das große Fortschritte hinsichtlich eines NATO-Beitritts gemacht habe.

In der Aussprache zeigten sich Abgeordnete besorgt aufgrund der Einmischung der Russischen Föderation in die innere Angelegenheit der baltischen Staaten, Cyberangriffe und Finanzierung antidemokratischer Kräfte sowie der Putschversuch durch russische Spezialkräfte am Wahltag in 2016 in Montenegro. Die Delegierten waren sich einig, dass die NATO gegen das aggressive russische Verhalten entschlossen und einheitlich auftreten müsse. Die Berichterstatterin Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) erklärte, die NATO verfüge nicht über genügend Instrumente gegen die russische Propaganda, die im Internet und in den Medien verbreitetet werde. Sie schlug vor, bestimmte Fernsehkanäle mit einem Warnhinweis, ähnlich wie bei Tabakprodukten, zu versehen. Abgeordnete **Iryna Friz** (Ukraine) dankte für die vertiefte Untersuchung der hybriden Kriegsführung durch Russland und erklärte, mit Hilfe von Propaganda führe Russland einen informellen Krieg. Die Ukraine habe aus diesem Grund russischsprachige Fernsehkanäle schließen müssen. Russland habe mit seiner Propaganda die Büchse der Pandora geöffnet. Sie bedauerte die Aussage von NATO-Generalsekretär Stoltenberg, die NATO werde der russischen keine eigene Propaganda entgegensetzen.

III. Vortrag von Markus Kaim, Senior Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), zum Thema „Rolle der NATO-Partnerschaften in einem veränderten Sicherheitsumfeld“

Markus Kaim betonte, die NATO sei in besonderer Weise auf Partner angewiesen, insbesondere aufgrund des Brexit-Votums, des Rückzugs der Vereinigten Staaten von Amerika aus internationalen Verträgen und der ungewissen Zukunft der EU. Das Sicherheitsumfeld habe sich dramatisch verändert und eine Überprüfung der bestehenden Programme sei erforderlich. Er schlug eine Priorisierung der Programme vor. Seit 1990 habe sich das Bündnis bei militärischen Operationen geografisch immer weiter vom Bündnisgebiet entfernt und sich in neue sicherheitspolitische Kontexte begeben. Zwar würden von der NATO derzeit keine Kriseneinsätze, wie die in den 1990er Jahren, erwartet, ihr Ordnungsanspruch erstrecke sich jedoch nicht mehr ausschließlich auf den euroatlantischen Raum. Globale Partnerschaften seien daher wertvoll. Moskau habe bestehende Ängste bei den mitteleuropäischen NATO-Mitgliedern, selbst Objekt russischen Machtstrebens zu werden, durch die völkerrechts-

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

widrige Annexion der ukrainischen Krim im März 2014 und seine Destabilisierungspolitik gegenüber der Ostukraine verstärkt. Der militärische Vormarsch des sogenannten „Islamischen Staats“ (IS) im Irak und in Syrien habe die Region instabiler gemacht und die NATO veranlasst, neue Formen der Kooperation hinzuzufügen. Die Partnerschaften müssten priorisiert, auf Dauer angelegt und deren Ziele klarer formuliert werden. Es bestehe die Tendenz, dass die NATO ihre Beziehungen zu einzelnen Ländern des Partnerschaftsformats, wie beispielsweise zu Tunesien, Jordanien und Katar, bilateral ausbaue.

Auf die Frage des Abgeordneten **Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), welche Vorschläge für eine Priorisierung der bestehenden Partnerschaften existierten, führte **Markus Kaim** aus, politisch liege die erste Priorität in der Bündnisverteidigung. Das *Enhanced Opportunity Programme* führe bestimmte Länder näher an die NATO heran, was sinnvoll sei. Die NATO müsse Partnern, die große Beiträge, beispielsweise in Afghanistan leisteten, mehr Bedeutung beimessen. Einige NATO-Partner seien wichtiger als andere, daher sei eine Priorisierung der Partner erforderlich.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs „Die Bekämpfung der Herausforderungen aus dem Süden“ des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Berichterstatter Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) erklärte, der Berichtsentwurf beziehe sich auf die Herausforderungen an den südlichen Grenzen der NATO. In der Region Naher Osten und Nordafrika (MENA-Region) seien militärische und umfassende internationale Maßnahmen sowie eine von allen NATO-Partnern getragene Gesamtstrategie erforderlich. Eine Verständigung innerhalb der internationalen Gemeinschaft auf eine gemeinsame Herangehensweise zur Beendigung des Bürgerkrieges in Syrien sei dringend erforderlich. Bei der Bewältigung der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen könnten die NATO-Mitgliedstaaten die Partner im Mittelmeerraum und in der Golfregion unterstützen, indem sie einen politischen Dialog anböten, Ausbildungsmaßnahmen zur Verfügung stellten und Informationen weitergäben. Das Bündnis biete wertvolle Hilfe an, mit der der sogenannte IS zurückgedrängt und besiegt werden könne. Die Fortführung des militärischen Kampfes gegen den sogenannten IS sei wichtig, um ihm Zufluchtsorte, wie beispielsweise in Syrien und im Irak, zu nehmen. Die NATO-Mitgliedstaaten und ihre Partner sollten die Koalition gegen den Terror unterstützen. Eine vertiefte Zusammenarbeit mit den NATO-Partnerländern, insbesondere mit den Ländern der Golfregion und des Mittelmeerraums, ermögliche ein geschlossenes Auftreten bei der Bekämpfung der Terrorgruppen. Das Bündnis verbessere derzeit seine Fähigkeiten durch die Einrichtung eines Regionalzentrums in Kuwait und eines Antiterror-Drehkreuzes für den Informationsaustausch und die Analyse nachrichtendienstlicher Erkenntnisse in Neapel.

Die Delegierten diskutierten Fragen zu unkontrollierten Migrationsströmen, kriminellen Schlepperbanden und dem Drogenhandel, mit dessen Hilfe sich Terrorgruppen finanzierten. Die Abgeordneten forderten eine bessere Überwachung solcher Finanzströme.

V. Vortrag von Soli Özel, Professor für internationale Beziehungen an der Kadir Has Universität Istanbul, zum Thema „Die transatlantischen Beziehungen im Wandel“

Professor **Soli Özel** ging auf die Rede des amerikanischen Präsidenten beim NATO-Gipfel in Brüssel im Mai 2017 ein, in der dieser die Beistandsklausel des Artikels 5 des NATO-Vertrages nicht erwähnt hatte. Er erklärte, die amerikanische Forderung nach einer Erhöhung der nationalen Verteidigungsetats der NATO-Mitgliedstaaten sei nicht neu. Unter der vorherigen Präsidentschaft hätten die amerikanischen Verteidigungsminister Hagel und Carter ebenso eine gerechtere Lastenteilung angemahnt. Er sprach sich für eine Neujustierung der Grundpfeiler der NATO aus. Der Krieg gegen den sogenannten IS, die Cyberkriegsführung und die Einmischung in die westlichen politischen Systeme durch Russland bildeten die Grundlage für neue Gemeinsamkeiten des Bündnisses. Auch in den Vereinigten Staaten werde die Frage nach dem Maßstab für eine gerechte Lastenteilung innerhalb des Bündnisses diskutiert. Bis zum Ende des Kalten Krieges sei die amerikanische Hegemonie wirtschaftlich vorteilhaft für die Vereinigten Staaten gewesen und habe der Arbeiterschaft ein Leben in der Mittelschicht ermöglicht. Die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, TTIP) zwischen den USA und der EU sei nicht nur als ein Freihandelsabkommen konzipiert, sondern auch mit der Hoffnung verbunden gewesen, die transatlantischen Beziehungen zu vertiefen. Zur Ukraine-Krise erklärte er, der amerikanische Präsident Trump stehe mit seiner Einschätzung nicht isoliert da, wonach die Krise wichtig für Europa sei, nicht jedoch für die USA. Die Aussage des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Obama, die Ukraine liege im russischen Kerninteresse, impliziere, dass das Land nicht im Interesse der USA liege. Auf Nachfrage betonte Professor **Soli Özel**, die Vereinigten Staaten würden die Annexion der Krim weiterhin kritisieren. Die Mittel für ein aktives Eingreifen seien jedoch beschränkt. Hauptschauplatz zukünftiger

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Konflikte werde Asien sein, wo die Vereinigten Staaten Ressourcen konzentrierten. Die Schwerpunktverlagerung erfordere eine Neudefinition für das transatlantische Bündnis.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs „Die NATO und die Sicherheit in der Arktis“ des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“, vorgelegt von Berichterstatter Abgeordneter General E. Connolly (Vereinigte Staaten)

Berichterstatter Abgeordneter **Gerald E. Connolly** (Vereinigte Staaten) führte aus, während des Kalten Krieges haben die arktische Region bzw. die Arktis aufgrund ihrer strategischen Bedeutung auf der Sicherheitsagenda ganz oben gestanden. Nach der Auflösung der Sowjetunion und dem Ende der Konfrontation zwischen der NATO und dem Warschauer-Pakt habe sich deren Bedeutung weitgehend verringert. Aufgrund der Klimaerwärmung gewinne die Region jedoch für die Sicherheit der NATO wieder an Bedeutung. Aktuelle Daten belegten, dass sich der Klimawandel rascher als angenommen vollziehe. Dies habe erhebliche Folgen für die Arktis und die Sicherheit der Arktis-Anrainerstaaten. Die Anrainerländer der Arktis wünschten eine enge Zusammenarbeit zur Bewältigung der gemeinsamen Herausforderungen und zur Lösung territorialer Streitigkeiten mit diplomatischen Mitteln. Es bestehe die Gefahr, dass die Arktis erneut zur Bühne strategischer Rivalitäten werde. Die angespannten Beziehungen der NATO zu Russland und das größere Engagement der Volksrepublik (VR) China in der Region seien Indizien für ein solches Szenario. Die strategische Bedeutung der Arktis werde zunehmen. Die NATO und die Arktis-Anrainerstaaten dürften eine Überprüfung ihrer Strategie für die Region nicht auf die lange Bank schieben. Russland sei dabei, seinen militärischen Fußabdruck in der Arktis auszuweiten und errichte zu diesem Zweck Infrastrukturen entlang der Nordostpassage. Nichtanrainerstaaten wie beispielsweise die VR China verstärkten ihr Engagement. Daher solle die NATO einen Dialog und Informationsaustausch zwischen den NATO-Mitgliedstaaten im Nordatlantikrat (NAR) initiieren, um den Bündnispartnern Zugang zu aktuellen Einschätzungen über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Arktis zu ermöglichen.

In der Aussprache forderte ein Delegierter aus Norwegen die enge Einbeziehung Russlands bei der Lösung von Problemen in der Region. **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich) erklärte, in Grönland sei die Seenotrettung unzureichend und müsse als eine Aufgabe aller Anrainerstaaten gesehen werden.

4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Verteidigungsausschuss tagte am Samstag, 27. Mai 2017, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Raymond Knops** (Niederlande).

I. Diskussion mit dem georgischen Verteidigungsminister Levan Izoria zum Thema „Georgische Prioritäten bei der Verteidigung im Hinblick auf kurz- und langfristige Herausforderungen“ und mit dem Generalstabchef der georgischen Streitkräfte Generalmajor Vladimer Chachibaia zum Thema „Schwerpunkte der georgischen Verteidigung angesichts naher und langfristiger Herausforderungen“

Verteidigungsminister **Levan Izoria** erklärte, die Beziehungen zwischen Georgien und der NATO seien sehr gut. Er dankte der NATO für ihre Unterstützung, die wesentlich zur Sicherung der georgischen Souveränität beigetragen habe. Georgien sei ein glaubwürdiger Kandidat für eine Mitgliedschaft in der NATO. Das Land strebe die Umsetzung der in der Präambel der NATO aufgeführten Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie an. Er unterstrich die Bedeutung der von NATO-Generalsekretär Stoltenberg verfolgten „Politik der Offenen Tür“ für sein Land. Die Aufnahme Montenegros als 29. Mitglied in der NATO mache Georgien Hoffnung, in naher Zukunft in den MAP aufgenommen zu werden. Nach den NATO-Gipfeln von Wales (2014) und Warschau (2016) habe Georgien neue strategische Weisungen zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben, Erreichung von mehr Stabilität im Inland und zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen bei militärischen Einsätzen erarbeitet. Zunächst seien eine umfassende Neuorganisation des Verteidigungsapparats vorgenommen und im Zuge des Umbaus mehrere tausend Angestellte entlassen worden. Mit der Umstrukturierung der militärischen Infrastruktur werde das Ziel verfolgt, eine ausgeglichene, autonome Verteidigung und einen höheren Bereitschaftsgrad gegenüber Aggressoren zu erreichen. Die in Gesprächen mit den Verteidigungsministern von Finnland, Schweden und Estland gewonnenen Erkenntnisse seien umgesetzt worden, so dass dadurch die georgische Verteidigungsbereitschaft erhöht worden sei. Er dankte für das auf dem NATO-Gipfel in Wales beschlossene Substanzielle NATO-Georgien-Paket (SNGP), das eine wichtige Grundvoraussetzung auf dem Weg der angestrebten Kompatibilität mit den von der NATO vorgegebenen Standards schaffe. Die

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vereinigten Staaten unterstützten Georgien bei der Ausbildung von tausend Soldaten, die entsprechend den Vorgaben der NATO ausgerüstet worden seien. 2016 lagen die Verteidigungsausgaben bei sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und hätten sich im Vergleich zu 2015 verdreifacht. Eine Modernisierung der aus der Zeit der Sowjetunion stammenden Ausrüstung müsse vorgenommen werden. Georgien trete für die strategischen Ziele der NATO ein und trage zur Verbesserung der Sicherheit im Schwarzmeerraum bei. Georgien sei mit 871 entsandten Soldatinnen und Soldaten weiterhin der größte Nicht-NATO-Truppensteller für die ISAF-Folgemission *Resolute Support Mission* (RSM) zur Ausbildung und Beratung sowie Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte in Afghanistan und trage zu den internationalen Missionen in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali bei.

Generalmajor **Vladimer Chachibaia** legte dar, Georgien habe durch den Konflikt mit Russland 20 Prozent seines Territoriums verloren. 2008 seien im Krieg gegen Russland Schwächen der georgischen Verteidigungsfähigkeiten deutlich geworden. Die Luftstreitkräfte seien damals auf einen Krieg nicht vorbereitet und nicht in der Lage gewesen, die rund 60 russischen Luftangriffe abzuwehren. Auch die Seestreitkräfte hätten sich nicht verteidigen können. Als Folge des verlorenen Kriegs habe Georgien eine strukturelle Neuorganisation der Verteidigung vorgenommen, zwei Brigaden zusammengelegt und neue Grundsätze für die Gefechtsführung eingeführt. Alle Anstrengungen seien auf eine Mitgliedschaft in der NATO ausgerichtet. Georgien habe 2016 im Rahmen des SNGP an gemeinsamen NATO-Übungen im eigenen Land teilgenommen, für 2019 sei ein gemeinsames Ausbildungsmanöver geplant. Die Kompatibilität der georgischen Streitkräfte mit der NATO sei groß. Bis 2020 sollten alle Reformen umgesetzt, die derzeitig ausgesetzte allgemeine Wehrpflicht wiedereingeführt und der Aufbau einer Reservistenstruktur vollzogen sein.

In der Diskussion führte Verteidigungsminister **Levan Izoria** aus, die Bevölkerung und das Parlament unterstützten die Regierung, die 2018 für die geplanten Mehrausgaben für Investitionen im Verteidigungsbereich mit der Zustimmung des Parlaments rechnen könne. 20 Prozent der Verteidigungsausgaben sollten in Rüstungsgüter investiert werden. Eine große Mehrheit der Bevölkerung sei für eine Mitgliedschaft Georgiens in der NATO. Auf die Frage nach dem Stand der nachbarschaftlichen Beziehungen erklärte Verteidigungsminister **Levan Izoria**, wichtige strategische Partner für Georgien seien Aserbaidschan und die Türkei. Mit ihnen führe Georgien gemeinsame Militärübungen durch. Die Übungen dienten auch dem Schutz der bestehenden und zukünftigen Energieinfrastruktur. Abgeordneter **Hannes Weninger** (Österreich) ging auf das Verhältnis der Türkei zur NATO ein und kritisierte, die Türkei sei für den Ausschluss österreichischer Bundesheer-Soldaten von allen wichtigen NATO-Partnerschaftsprogrammen verantwortlich. Dieses Verhalten sei unvereinbar mit den Grundsätzen und Werten der NATO. Er forderte die NATO-Mitgliedstaaten auf, sich mit Österreich zu solidarisieren. Verteidigungsminister **Levan Izoria** unterstrich die Bedeutung der Türkei als wichtiger, strategischer Partner für Georgien, der viel für die Sicherheit und militärische Entwicklung seines Landes getan habe. Mit dem türkischen Verteidigungsminister bestehe eine enge Zusammenarbeit. Georgien werde an der strategischen Partnerschaft mit der Türkei festhalten. Er ging auf die engen Beziehungen mit der EU ein und erklärte, Georgien habe Dank der Visafreiheit große Fortschritte in vielen Bereichen erzielen können.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Abwehr ballistischer Flugkörper und NATO“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Senator Joseph A. Day (Kanada)

Generalberichterstatter Senator **Joseph A. Day** (Kanada) erläuterte, zu den zentralen NATO-Fähigkeiten gehörten neben konventionellen und nuklearen Mitteln Systeme zur Abwehr ballistischer Raketen (BMDS). In einem NATO-Führungssystem seien gegen die Bedrohungen durch Trägertechnologien nationale Raketenabwehr-Einsatzmittel und -Fähigkeiten integriert worden, die dem Schutz des europäischen NATO-Gebiets, der bevölkerungsreichen Ballungszentren und NATO-Einsatzkräfte dienten. Er bewertete die schnelle Entwicklung und Beschaffung präziser, leistungsfähiger und zerstörerischer Raketensysteme als ein besonderes Element des immer komplexeren, internationalen Sicherheitsumfelds. Die Verbreitung technisch verbesserter Raketen, die mobiler, treffsicherer und robuster geworden seien, stelle eine erhöhte Gefahr für die NATO dar. Die von Nordkorea und dem Iran durchgeführten Tests belegten den Versuch, treffsicherere Langstreckenraketen zu entwickeln, die zerstörungskräftigere Gefechtsköpfe ins Ziel bringen könnten. Nordkorea und der Iran bedrohten durch feindliche Rhetorik und Missachtung von internationalen Bestimmungen zur Nichtverbreitung den Frieden und die Stabilität der internationalen Ordnung. Nichtstaatliche Akteure seien ferner zunehmend in der Lage, sich moderne Raketensysteme zu beschaffen und zu nutzen. Kernbestandteil der gegenwärtigen NATO-Abwehr ballistischer Flugkörper in Europa sei der Angepasste Mehrphasige Ansatz in Europa (EPAA). 2009 hätten die Vereinigten Staaten dieses Abwehrsystem als Beitrag zur Territorialverteidigung der NATO gegen die wachsende Bedrohung durch

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

einen Angriff mit ballistischen Flugkörpern in das NATO-System eingeführt. Das EPAA beruhe auf der Stationierung des Aegis-Kampfsystems in Europa, werde derzeit auf US-amerikanischen Marinezerstörern und Marinekreuzern eingerichtet und sei weltweit das einzige seegestützte Raketenabwehrsystem. Weitere Installationen in landgestützten Basen seien in Rumänien und Polen geplant. Weltweit werde die Sicherheit durch die Verbreitung ballistischer Flugkörper bedroht. Das errichtete Abwehrsystem der NATO, sei vor allem auf die Begrenzung der Bedrohung durch Raketen von Schurkenstaaten und nichtstaatlichen Akteuren gerichtet und basiere auf der Grundlage einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse der Verbündeten, die alle in unterschiedlicher Form Beiträge leisteten. Er betonte, das NATO-Abwehrsystem sei nicht dazu gedacht, entwickelt oder in der Lage, die russische konventionelle oder nukleare Abschreckung zu unterlaufen. Um dessen Sorge vor einer möglichen Bedrohung zu begegnen, bemühe sich die NATO um einen Dialog mit Russland. Er betonte die Ausrichtung auf eine reine Abwehrfähigkeit, mit der die NATO keine Destabilisierung der geostrategischen Balance verfolge.

In der Aussprache führte Abgeordneter **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten) aus, die NATO habe im Bereich Raketenabwehr einen Politikwechsel eingeläutet. Er erläuterte die Bedrohungen, die von den russischen Fähigkeiten zur Raketenabwehr ausgingen. Abgeordneter **Gilbert Le Bris** (Frankreich), unterstützt von **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich), betonte die Bedeutung der Abschreckung durch ein Raketenabwehrsystem. Es handele sich dabei um ein Element der allgemeinen Abschreckungsstrategie, zu der unter anderem auch die atomare Abschreckung gehöre, und sei nicht Bestandteil der Verteidigung. Abgeordneter **Franklin van Kappen** (Niederlande) hob die Bedeutung einer verbesserten europäischen Zusammenarbeit hervor und erklärte, Dänemark und Deutschland müssten lediglich kleine Veränderungen in der Software für die Radar- und Zielfähigkeiten der Fregatten vornehmen, um ihre Abwehrsysteme mit dem gegenwärtig von der NATO eingesetzten Aegis-System kompatibel zu gestalten.

III. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Afghanistan“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Abgeordneter Wolfgang Hellmich (Deutschland)

Sonderberichterstatter Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) führte aus, die NATO und ihre Partner würden auch in der Zukunft Streitkräfte und Geld in Afghanistan investieren. Die Versammlung werde die Entwicklung der dortigen Lage weiterhin beobachten. Der Sonderberichtsentwurf gehe auf die Reformen in den Bereichen Sicherheit und Demokratie, Zustand der Zivilgesellschaft sowie Verbesserung der Lebensbedingungen für Afghanen ein, die sich für Frieden und Wohlstand in ihrem Land einsetzten. Die seit 2003 in Afghanistan stationierten NATO-Streitkräfte trügen zum Ziel bei, dass das Land niemals wieder zu einem Zufluchtsort für Terroristen werden könne. Die Präsenz der NATO in Afghanistan zähle zu den langandauerndsten und umfassendsten Terrorbekämpfungsmissionen in der Geschichte des Bündnisses. Die NATO-Mitgliedstaaten stünden geschlossen hinter der Folgemission *Resolute Support Mission* (RSM), die 2015 mit dem Auftrag gebildet worden sei, Unterstützung bei der Ausbildung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte (*Afghan National Defence and Securitiy Forces*, ANDSF) zu leisten. Ziel sei die Bekämpfung und Vertreibung der aufständischen Kräfte, die versuchten, die Regierung in Kabul zu stürzen. Die NATO setze sich als Verbündeter und Partner für Frieden und Sicherheit, Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung sowie für den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft in Afghanistan ein. Der Weg zum Frieden bleibe beschwerlich. Im dritten Jahr der Mission seien die Vereinigten Staaten, die NATO und die afghanischen Streitkräfte mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Die wiedererstarkten, selbstbewussten Taliban-Kämpfer hätten die Zahl der Anschläge auf Sicherheitskräfte und Zivilsten erhöht. Der RSM-Kommandeur, NATO-General John Nicholson, habe die Sicherheitslage in Afghanistan im Februar 2017 als eine „Pattsituation“ zwischen den Regierungskräften und den Taliban-Aufständischen bewertet und sich für eine Erhöhung der gegenwärtigen Truppenstärke von 13.450 ausgesprochen. Nach Pressemeldungen werde der Präsident der Vereinigten Staaten voraussichtlich der Entsendung von weiteren 3.000 bis 5.000 US-Soldaten nach Afghanistan zustimmen. Derzeit beteiligten sich 39 Länder an der NATO-Mission in Afghanistan, mit etwa 870 entsandten Soldatinnen und Soldaten leiste Georgien den viertgrößten Beitrag. Der Bericht dokumentiere das Erstarken der Taliban im Laufe des vergangenen Jahres. Die ansteigende Tendenz der Gewalt setzte sich in den ersten Monaten 2017 fort. Die Vereinten Nationen (VN) hätten 2016 die höchste Zahl an Toten seit 2009 gemeldet. Im Vergleich zu 2015 sei in der zweiten Jahreshälfte 2016 ein Anstieg der Gewalt um neun Prozent und gegenüber 2014 einen Anstieg um 15 Prozent zu verzeichnen gewesen. Verhandlungen zwischen der Regierung in Kabul mit den Taliban seien in naher Zukunft unwahrscheinlich. Die Taliban kontrollierten etwa zehn Prozent des afghanischen Territoriums, hauptsächlich ländliche Gebiete. Seit Juni 2016 hätten sie über zehn tödliche Anschläge in Kabul verübt. Neben der Bedrohung durch die Taliban befänden sich ein Dutzend weiterer aufständischer Gruppen in Afghanistan, die bekannteste von ihnen sei der sogenannte IS. In den letzten Monaten habe die ANDSF beachtliche Fortschritte bei der Bekämpfung der Terrorgruppe erzielt, so dass nachrichtendienstlichen Erkenntnissen zufolge von anfänglichen 5.000 nur noch ca. 700

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Terroristen am Leben seien. Die Bekämpfung des sogenannten IS müsse konsequent fortgeführt, seine Rekrutierungsbemühungen verhindert sowie dessen Finanzierungsquellen ausgetrocknet werden. Die Terrorgruppe stelle weiterhin eine Bedrohung dar, die durch die jüngst verübten Anschläge, unter anderem gegen ein afghanisches Militärkrankenhaus und eine Moschee in Kabul, verdeutlicht werde und bei denen viele unschuldige Zivilisten umgekommen seien. Die Rückführung afghanischer Flüchtlinge erschwere die Lage. Die VN haben in der zweiten Jahreshälfte 2016 über eine halbe Million zurückgeführter afghanischer Flüchtlinge dokumentiert. Fast zwei Drittel der Flüchtlinge und Migranten kehrten aus Pakistan zurück. Experten erwarteten, dass im Laufe der nächsten 18 Monate weitere 2,5 Millionen Afghanen zurückgeführt würden. Die von der pakistanischen Regierung vorgenommene Zwangsrückführung von Afghanen deute auf eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Regierungen hin. Das Land stehe mit 4,5 Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesenen Afghanen vor einer großen Herausforderung. Die steigende Zahl von Rückkehrern werde die Lage zusätzlich verschärfen. Im Bericht bekräftige die Versammlung die Verpflichtungen, die die NATO-Regierungen beim Gipfel von Warschau (2016) und durch Finanzzusagen im Oktober 2016 in Brüssel eingegangen seien. Die finanzielle Unterstützung für Afghanistan sei bis 2020 garantiert. Die Regierung von Präsident Ghani müsse sich auf die Verbesserung der Fähigkeiten der ANDSF und Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption konzentrieren. Für den langfristigen Erfolg des gesamten staatlichen Unterfangens in Afghanistan sei dies von entscheidender Bedeutung.

In der Aussprache forderte Abgeordneter **Sirin Unal** (Türkei) die Streichung der Passage über den afghanischen Vizepräsidenten Abdul Rashid Dostum und begründete seine Forderung damit, dass dessen Darstellung nicht neutral sei. Der als Gast der Versammlung an der Tagung teilnehmende Abgeordnete **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan) widersprach und sprach sich für die Beibehaltung der Berichterstattung aus. Er führte aus, Vizepräsident Abdul Rashid Dostum sei für den Tod vieler Menschen verantwortlich. Er erklärte, seit die Vereinigten Staaten im Irak verstärkt gegen den sogenannten IS vorgingen, seien viele Terrorkämpfer aus dem Irak nach Afghanistan gekommen. Derzeit befänden sich in Afghanistan etwa 6.000 von Russland und dem Iran unterstützte Terrorkämpfer. Russland liefere über iranisches Staatsgebiet Raketen an die Taliban. Für viele Afghanen seien die Taliban zunächst keine Terrorgruppe gewesen, sie hätten ihre Einstellung jedoch aufgrund der wachsenden Zahl an Selbstmordanschlägen geändert. Auf die Frage nach der Einordnung verschiedener Terrororganisationen und wer von ihnen bestimmte Gebiete kontrolliere antwortete Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland), teilweise hätten sich die Strukturen der Terrororganisationen aufgelöst, eindeutige Zuordnungen zu bestimmten Terrororganisationen seien schwierig zu treffen. Die Taliban kontrollierten im Norden und im Süden größere Territorien. Die afghanischen Streitkräfte könnten auf Dauer größere Gebiete nur unter großen Schwierigkeiten halten. Der Versöhnungsprozess sei ins Stocken geraten und Verhandlungen über die Zukunft Afghanistans unter der Leitung Moskaus, an denen China, Pakistan und der Iran teilgenommen hätten, seien ohne die Beteiligung von Afghanistan nicht zielführend.

IV. Vortrag von Myriam Benraad, Dozentin für Friedens- und Entwicklungsstudien, Department of Politics and Public Administration, Universität von Limerick (Irland), zum Thema „Der ‚Islamische Staat': Veränderungen und Auswirkungen auf die NATO-Mitgliedstaaten"

Myriam Benraad führte aus, der sogenannte IS sei trotz des Rückzugs aus dem Irak und des Verlustes an territorialem Einfluss weiterhin im Stande, Terroranschläge in mehreren europäischen Staaten durchzuführen. Die Terrororganisation habe ihre Strategie der Bedrohung den veränderten Gegebenheiten angepasst, nutze das Internet für ihre Propaganda und spreche besonders junge Einzeltäter an. Es müsse alles getan werden, um die Verbreitung von Propaganda im Internet zu unterbinden.

In der Aussprache berieten die Delegierten die Taktik von als Flüchtlingen getarnten Terroristen. Der sogenannte IS setze Bilder von zivilen Opfern im Irak ein, um für seine Ideologie zu werben. Eine neue Strategie läge in der Rekrutierung von Einzelkämpfern. Die Abgeordneten berieten ferner Maßnahmen gegen das gezielte Anwerben von Gefängnisinsassen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs „Die Weltraumdomäne und die Verteidigung des Bündnisses" des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten", vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Madeleine Moon (Vereinigtes Königreich) und vorgestellt vom Abgeordneten Gilbert Le Bris (Frankreich)

Abgeordneter **Gilbert Le Bris** (Frankreich) erklärte, Regierungen und private Organisationen seien zunehmend in der Lage, den Weltraum für zivile oder militärische Zwecke zu nutzen. Weitreichende Satellitenverbindungen und Datenübertragungen trügen zu einer immer enger werdenden Verflechtung der komplexen Weltwirtschaft im

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Gesamtvolumen von 78 Billionen US-Dollar bei und ermöglichten den nationalen Verteidigungskräften die militärische Nutzung. Der Bericht lege die Notwendigkeit der Absicherung von Raumfahrtsystemen dar und gehe auf die massive Verschmutzung des Weltraums durch die über 1.100 eingesetzten Satelliten ein. Die Unterscheidung der zivilen von militärischen Raumfahrtsystemen sei schwierig. Viele Satelliten seien für den militärischen und den zivilen Bereich einsetzbar. Das Risiko eines Konfliktes werde durch das Fehlen eines internationalen Rechtsrahmens und die gestiegene Zahl von Akteuren erhöht. Bislang seien nur die Vereinigten Staaten von Amerika, Russland, China und die EU zur Abwehr von Satelliten fähig.

In der Diskussion kritisierte Abgeordneter **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten) das unverantwortliche Vorgehen Russlands und Chinas bei der Zerstörung ausrangierter Satelliten, was erheblich zur Verschmutzung des Weltraumes beitrage. Abgeordneter **Rick Larsen** (Vereinigte Staaten) machte auf das Problem von autonomen Satelliten aufmerksam und forderte eine vertiefte Diskussion über Initiativen zur besseren Ortung und Vermeidung der Weltraumverschmutzung.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs „Die Zusammenarbeit zwischen NATO und EU nach Warschau“ des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn) und vorgestellt von der Abgeordneten Angelien Eijsink (Niederlande)

Abgeordnete **Angelien Eijsink** (Niederlande) erläuterte, der Bericht gehe auf hybride Bedrohungen, Cyber-Sicherheit und Terrorismusbekämpfung ein. Die EU und die NATO müssten sich angesichts zunehmender asymmetrischer Bedrohungen auf eine integrierte und effektive Sicherheitszusammenarbeit verständigen. Sie kritisierte das Fehlen eines gemeinsamen EU-Verteidigungshaushalts und von tragfähigen Konzepten für die EU-*Battle Groups*. Praktische und politische Hürden behinderten die Zusammenarbeit. Die Terroranschläge in Europa erforderten eine verstärkte Abwehr gegen asymmetrische Angriffe. Die engere Zusammenarbeit der EU-Agentur FRONTEX und von Europol mit der NATO sei der richtige Weg. Beim NATO-Gipfel in Warschau sei keine klare Strategie für die Zusammenarbeit von EU und NATO in gemeinsamen Gewässern von der Arktis bis zum Schwarzen Meer festgelegt worden. Hier könne die Zusammenarbeit im Mittelmeer Vorbild sein. Ferner fehle eine Strategie für die sicherheitspolitische Kooperation in der MENA-Region.

In der Diskussion begrüßte die Abgeordnete **Eva Kaili** (Europäisches Parlament) den Bericht, der in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament erarbeitet worden sei, und sprach sich für eine verbesserte Zusammenarbeit der europäischen Geheimdienste aus.

5. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss tagte am Sonntag, 28. Mai 2017, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Vitalino Canas** (Portugal).

I. Podiumsdiskussion mit Ketevan Tsikhelashvili, Staatsministerin für Versöhnung und Bürgerliche Gleichstellung, und Botschafter Kestutis Jankauskas, Leiter der EU-Beobachtungsmission (EUMM) in Georgien, zum Thema „Abchasien und Südossetien“

Die Staatsministerin für Versöhnung und Bürgerliche Gleichstellung, **Ketevan Tsikhelashvili**, erläuterte das staatliche Aussöhnungsprogramm Georgiens, das zum Ziel habe, praktische Lösungen für die Bedürfnisse der Menschen in der Region zu entwickeln. Die umstrittene Statusfrage werde nicht behandelt. 300.000 Flüchtlinge – acht Prozent der georgischen Bevölkerung – lebten im Exil, 20 Prozent des georgischen Staatsgebietes seien besetzt. Die Menschen in Abchasien lebten wie in einer Enklave. Der Schulunterricht erfolge nur in Russisch. Bei friedlichen Demonstrationen würden Demonstranten festgenommen. Vier von sechs Grenzübergängen und damit Zugänge zu Kirchen und Schulen, seien verschlossen. Ein weiterer Grenzübergang sei kürzlich geschlossen worden, der täglich von 1.000 Menschen, darunter zahlreichen Schulkindern, genutzt worden sei. Die Menschen formulierten immer offener Kritik an dem russischen Vorgehen. Die georgische Regierung sehe für die nächsten Jahre die Aufgaben darin, Frieden durch Deeskalation und den Zugang für alle georgischen Bürger zu öffentlichen Diensten, wie beispielsweise Gesundheitsdienstleistungen, sowie die Anerkennung von Schulabschlüssen zu erreichen. Ein Sonderbeauftragter sei für den Dialog mit Russland berufen worden. Sie betonte die Bedeutung der Nichtanerkennung der besetzten Gebiete durch die internationale Gemeinschaft und die EU-Visaliberalisierung, die ein wichtiges Signal sei. Der Leiter der EUMM, Botschafter **Kestutis Jankauskas**, hob hervor, eine rasche Lösung für die „abtrünnigen Gebiete“ sei nicht in Sicht. Die Russische Föderation übe unter anderem mit der Ausgabe von russischen Pässen großen Druck auf die Menschen in den Gebieten Abchasien und Südossetien aus.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In der Diskussion betonte Abgeordneter **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten), bei Abchasien und Südossetien handele es sich nicht um „abtrünnige“, sondern um von der Russischen Föderation besetzte Gebiete, in denen kontinuierlich Menschenrechtsverletzungen begangen würden. Eine völkerrechtliche Anerkennung käme nicht in Betracht. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) sprach sich ebenfalls für die Verwendung der Bezeichnung „besetzte“ anstelle von „abtrünnige“ Gebiete aus. Staatsministerin **Ketevan Tsikhelashvili** erwiderte, praktische Lösungen seien wichtiger als die Frage der Statusbenennung. Wo es möglich sei, wolle sie Brücken schlagen. Auf die Frage nach dem Umfang der russischen und europäischen finanziellen Beteiligung am Staatshaushalt der Gebiete quantifizierte sie das russische Engagement auf ca. 90 Prozent des Staatshaushaltes Südossetiens und 65 Prozent des abchasischen. Botschafter **Kestutis Jankauskas** bezifferte die Finanzierung der EU-Programme in Georgien auf 120 Millionen Euro. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) erklärte, der Versöhnungsprozess sei ohne Alternative. Auf ihre Frage, wie die EU den Weg des Dialoges noch besser unterstützen könne, antwortete Staatsministerin **Ketevan Tsikhelashvili**, dass Sanktionen gegen die Russische Föderation und die Nichtanerkennung der besetzten Gebiete eine wichtige Rückversicherung für die georgische Regierung seien. Darüber hinaus benötige Georgien vor allem Unterstützung bei der Stärkung der Wirtschaft durch die Förderung von Handel und Investitionen.

II. Vortrag von Ana Natsvlishvili, Vorsitzende der *Georgian Young Lawyers‘ Association* (GYLA), zum Thema „Konsolidierung der georgischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“

Ana Natsvlishvili versicherte, in Georgien seien Meinungsfreiheit und politische Teilhabe gewährleistet. In ihrer Arbeit werde sie nicht durch staatliche Stellen behindert. Im Bereich Rechtsstaatlichkeit gebe es zahlreiche Defizite. Die von einer Kommission in vier Monaten erarbeitete Verfassungsreform werde derzeit im Parlament beraten und von der Venedig-Kommission des Europarates geprüft. Neben einigen progressiven Elementen sehe sie kritikwürdige Ansätze, wie beispielsweise das Fehlen einer Unabhängigkeitsgarantie für Richter. Auch die geplante Ernennung von Richtern auf Lebenszeit für den Hohen Rat für Justiz bewertete sie kritisch. Die Arbeit im Justizwesen sei derzeit, auch aufgrund der schlechten Ausbildung, für junge Leute nicht attraktiv. Sie kritisierte den Vorschlag, wonach die Zuständigkeit des Verfassungsgerichts für die Wahlüberprüfung entfallen solle und erklärte, dadurch würde die Justiz zu sehr in ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Regierung beschnitten werden.

III. Beratung des Sonderberichtsentwurfs zum Thema „Förderung der Stabilität in der Schwarzmeerregion“, vorgelegt von Sonderberichterstatterin Abgeordnete Ulla Schmidt (Deutschland)

Sonderberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) erklärte, die Schwarzmeerregion sei noch nie Gegenstand einer Berichterstattung der Versammlung gewesen. Die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres seien kulturell und gesellschaftspolitisch sehr unterschiedlich. Es handele sich um zwei EU-Mitgliedstaaten (Rumänien und Bulgarien), drei NATO-Mitgliedstaaten (Rumänien, Bulgarien und die Türkei), drei NATO/EU-Bewerberländer (Türkei, Moldau und Georgien) und die Ukraine und Russland. Eine regionale Identität hätten die Länder nie finden können. In der Vergangenheit seien Integrationsversuche immer wieder an Spannungen und Feindseligkeiten gescheitert. Dennoch sei eine Gesamtbetrachtung der Region notwendig, die, wie die Annexion der Krim gezeigt habe, nicht nur für Russland eine besondere strategische Bedeutung habe. Für die Handelsströme der Anrainerstaaten sei das Schwarze Meer ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Die militärische und wirtschaftliche Bedeutung berge ein enormes Konfliktpotential in sich. In den letzten Jahren habe es eine Verdichtung „eingefrorener“ bzw. ungelöster Konflikte in der Region gegeben. Die Ukrainekrise, Transnistrien und der Konflikt um Abchasien und Südossetien beeinflussten die Sicherheit weit über die Region hinaus und mache sie relevant. Für die Errichtung nachhaltiger Stabilität in der Region sollte die Aufmerksamkeit nicht allein auf militärische Maßnahmen gerichtet sein. Erforderlich sei eine umfassende Strategie, die auch zivile Aspekte stärker in den Blick nehme. Sie konstatierte einen merklichen Rückgang in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einigen Teilen der Region. Die gegenüber der tatarischen Bevölkerung nach der Krimannexion angewandten Repressalien oder die Korruption in fast allen Anrainerstaaten seien besorgniserregend. Der Bericht untersuche Möglichkeiten für eine nachhaltige Verbesserung der Lage in der Region. Das Übereinkommen von Montreux garantiere Handelsschiffen der Anrainer die freie Durchfahrt und erlaube nur eingeschränkt militärische Maßnahmen. Um die vielfältigen Gebietskonflikte zu lösen und langfristig Frieden zu erreichen müssten der Dialog und die diplomatischen Bemühungen stärker unterstützt werden. Ein richtiger Schritt sei die Erklärung eines einseitigen Gewaltverzichts der georgischen Regierung, mit der sie auf die Menschen in Abchasien und Südossetien zugehe. Sie forderte, dass die westliche Staatengemeinschaft mehr Unterstützung anbiete und den Genfer

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Friedensprozess zwischen Russland und Georgien überzeugender begleite. Die EU sollte sich stärker am Schwarzen Meer engagieren und das 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft initiierte Schwarzmeersynergie-Programm reaktivieren, dessen Strategie darauf abziele, die Kooperation untereinander – wie beispielsweise bei der Bekämpfung von Schmuggel und der Bewältigung von Migrationsbewegungen – zu intensivieren. Georgien sei in der Region eine Ausnahme und könne große Fortschritte in den Bereichen Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit sowie bei der Korruptionsbekämpfung vorweisen. Die Türkei sei neben Russland der einflussreichste Spieler in der Region, nach dem Militärputsch im Juli 2016 müssten die Entwicklungen besonders aufmerksam begleitet werden. Unbestritten sei, dass das Land einen massiven Angriff auf seine Verfassungsordnung erlebt habe. Es stelle sich jedoch die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der darauf folgenden massiven strafrechtlichen Verfolgung von Beamten, Journalisten und Oppositionellen. Nicht nachvollziehbar sei die Verurteilung der Verleger eines politischen Nachrichtenmagazins, das sich kritisch mit den Entwicklungen in der Türkei auseinandergesetzt habe, zu 20 Jahren Haft. Ebenso werfe das Referendum im April 2017 hinsichtlich demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien beachtliche Fragen auf. Die staatlichen Reaktionen auf den Putschversuch und die aktuelle innenpolitische Lage in der Türkei bedrohten die Sicherheit der gesamten Region. Sie rief die Delegierten auf, in den eigenen Ländern zur Stärkung der Zivilgesellschaft, zu fairen Wahlen, einer unabhängigen Justiz und zu freien Medien in der Region beizutragen.

In der Diskussion sprachen sich Abgeordnete der amerikanischen, ukrainischen und britischen Delegation dafür aus, die russische Besetzung Abchasiens und Südossetiens als Völkerrechtsbruch zu verurteilen. Sonderberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) erklärte, ungeachtet der unstreitigen Verantwortung der Russischen Föderation für völkerrechtswidrige Zustände könne nur der Dialog den betroffenen Menschen einen Weg zum Frieden eröffnen. Abgeordnete der türkischen Delegation schilderten ihre Sichtweise auf den gescheiterten Putschversuch in der Türkei am 15. Juni 2016 und forderten, die Anhänger des Predigers Fethullah Gülen als terroristische Vereinigung (FETÖ) zu bezeichnen. Die Berichterstatterin wies die Kritik einiger türkischer Abgeordneter zurück und erklärte, die Festnahmen von Journalisten und Beamten seien rechtsstaatlich fraglich und die Zahl der Festgenommenen unverhältnismäßig. Abgeordneter **Aydin Unal** (Türkei) erklärte, in der Türkei säße kein einziger Journalist im Gefängnis, bei den Inhaftierten handele sich um Terroristen, die zum Schutz der Türkei vor Terrorismus eingesperrt werden müssten. Die Türkei besitze mit 1.500 Radiosendern eine vielfältige Medienlandschaft. Abgeordnete **Zehra Taskesenlioglu** (Türkei) legte dar, dass es nicht Aufgabe der Versammlung sei, Aussagen über die Lage in der Türkei zu treffen. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) hielt entgegen, die Sicherheitsallianz basiere auf gemeinsamen Werten und sei eine Wertegemeinschaft. Deutschland sei ein Freund der Türkei und unter Freunden sei Kritik nicht nur erlaubt, sondern geboten. Medienfreiheit bedeute, auch kritische Berichterstattung über das Regierungshandeln zuzulassen.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Der Krieg in Syrien und im Irak: Humanitäre Aspekte“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Abgeordnete Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Generalberichterstatterin Abgeordnete **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) bezeichnete den Krieg in Syrien als eines der tragischsten Ereignisse des Jahrhunderts. Über 400.000 Menschen seien getötet und über 1,5 Millionen verletzt worden. Jeder zweite Syrer befinde sich auf der Flucht. Sie berichtete über das Ausmaß der Verstöße gegen das humanitäre Kriegsrecht und die Herausforderungen für die Nachbarstaaten und die gesamte Mittelmeerregion.

In der Diskussion wies Abgeordneter **Zeinab Al-Zubad** (Jordanien) auf die kritischen Zustände in den jordanischen Flüchtlingslagern hin und bat um verstärkte internationale Unterstützung. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) forderte eine Erwähnung der drei Millionen in der Türkei lebenden Flüchtlinge im Bericht. Abgeordnete **Zehra Taskesenlioglu** (Türkei) konnte sich nicht mit ihrem Anliegen durchsetzen, die FETÖ als terroristische Vereinigung zu bezeichnen.

V. Podiumsdiskussion zum Thema „Soziale Medien als Waffe“ – mit Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ zum Thema „Die Revolution der sozialen Medien: politische und sicherheitspolitische Folgen“, vorgelegt von Berichterstatterin Senatorin Jane Cordy (Kanada), und Präsentation von Thomas Elkjer Nissen, Sonderberater des *Royal Danish Defence College*

Thomas Elkjer Nissen erklärte, Informationen aus sozialen Medien müssten aus datenschutz- und sicherheitsrechtlichen Aspekten grundsätzlich in Frage gestellt werden und seien mit aus geheimdienstlichen Tätigkeiten gewonnenen Informationen vergleichbar. Die Verlinkung und Weiterverlinkung von Nachrichten und Kontakten

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

könnten negative Effekte und gezielte, falsche Nachrichten schwerwiegende wirtschaftliche Folgen haben. Die Berichterstattung über die Lage in Syrien sei ein Beispiel für fehlende diversifizierte und qualitative Nachrichten. Nachrichten über Syrien liefen in London zusammen, dieser „Knotenpunkt“ werde von allen Medien genutzt.

In der Diskussion lobte Senator **Lorenzo Battista** (Italien) den Datenschutz der Bundesrepublik Deutschland, der eine grenzenlose Datenspeicherung verbiete. Er habe sich dafür eingesetzt, dass auch in Italien Informationen aus dem Internet kenntlich gemacht werden müssten. Eine Gesetzgebung sei wegen der grenzüberschreitenden Wirkkraft schwierig. **Thomas Elkjer Nissen** appellierte an die Mitglieder, bei der Regulierung sozialer Netzwerke an einem Strang zu ziehen. Ein zentrales Anliegen müsse die Stärkung der Medienkompetenz sein. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) betonte die Chancen des Internets, das mit Kontakt- und Informationsforen besonders Menschen in wirtschaftlich benachteiligten Regionen neue Freiheiten sowie neue politische Partizipationsmöglichkeiten eröffne. Die Vereinfachung komplexer politischer Zusammenhänge berge jedoch Gefahren. Sie verwies auf ein deutsches Gesetzesvorhaben, wonach Facebook zur Löschung von *Fake News*-Nachrichten verpflichtet werden solle, was eine Diskussion über die Frage der Zensur ausgelöst habe.

6. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 27. Mai 2017, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Faik Öztrak** (Türkei). Die beiden zentralen Themen der Sitzung waren die Industriebasis für die europäische Verteidigung sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen und Folgen des Klimawandels.

I. Vortrag von Kakha Gogolaschwili, Leiter der Abteilung für Europastudien, *Georgien Foundation for Strategic and International Studies (GFSIS)*, zum Thema „Georgiens wirtschaftliche Reformagenda"

Kakha Gogolaschwili begann seine Ausführungen mit dem Stand der Integration Georgiens in die euro-atlantische Gemeinschaft. Die Umstellung auf eine Marktwirtschaft sei über viele Jahre hinweg mit zehn bis zwölf Prozent Wachstum erfolgreich gelungen. Seit der großen Währungs- und Wirtschaftskrise 2015 betrage es nur noch rund drei Prozent. Es gebe ein erhebliches Leistungsbilanzdefizit, das sich durch die territorialen Probleme mit der Russischen Föderation vergrößert habe. Auch die Verschuldung nehme wieder zu. Wichtig sei für Georgien die regionale Verankerung, auch aufgrund seiner Abhängigkeit von Energieimporten. Der Handel mit Ländern der Schwarzmeerregion liege bei 50 Prozent, mit der EU bei 28 Prozent und mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei 32 Prozent. Für eine stabile und nachhaltige Entwicklung seien Investitionen notwendig. Daher gebe es mit den beiden größten Investoren Aserbeidschan und der Türkei auch eine Intensivierung auf politischer Ebene. Die Regierung Georgiens habe zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums eine Reformagenda 2020 beschlossen, mit der auch die Beschäftigung erhöht und damit die Armut reduziert werden soll. Das Assoziierungsabkommen mit der EU inklusive vertieftem und umfassendem Freihandelsabkommen (DCFTA), das seit 1. Juli 2016 in Kraft sei, habe große Bedeutung, wenn auch die Mitgliedschaft in der EU noch in weiter Ferne liege.

In der Diskussion fragte die Abgeordneten **Ausrine Armonaite** (Litauen) nach den Auswirkungen der internationalen Sanktionen gegen Russland für Georgien. **Kakha Gogolaschwili** sagte, kein euro-atlantischer Partner habe Druck auf Georgien ausgeübt, sich den Sanktionen offiziell anzuschließen. Georgien verfolge gegenüber Russland eine pragmatische Haltung. Das sei der angespannten wirtschaftlichen Situation, aber auch der geopolitischen Lage geschuldet. Auf die Frage der Abgeordneten **Lilja Alfredsdottir** (Island) nach den Auswirkungen des Leistungsbilanzdefizits auf die Währung erklärte **Kakha Gogolaschwili**, seit 2013 habe es Abwertungen gegeben. Georgien habe allerdings seine Währungsreserven nicht verbraucht, um die Währung künstlich zu stützen. Es gebe aufgrund der Arbeitslosenrate von elf Prozent eine große Abhängigkeit von Geldüberweisungen von im Ausland lebenden Georgiern – 50 Prozent der rund 1,3 Milliarden US-Dollar kämen dabei aus der Russischen Föderation. Eine Verschlechterung der Beziehungen bis zu einer möglichen Schließung der Grenze würde sich negativ auf die Stabilität seines Landes auswirken.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

II. Vortrag von Professor Marshall Burke, Zentrum für Ernährungssicherheit und Umwelt, Stanford University, zum Thema „Wirtschaftliche Konsequenzen des Klimawandels und mögliche Abschwächungen der Entwicklungen"

Als globale Erwärmung bezeichne man den Anstieg der Durchschnittstemperatur der erdnahen Atmosphäre und der Meere seit der Industrialisierung, erklärte **Marshall Burke** eingangs. Der berechnete Erwärmungstrend über die letzten 50 Jahre pro Jahrzehnt sei fast zweimal so groß wie derjenige über die letzten 100 Jahre. Dieser Prozess verlaufe erheblich schneller als alle bisher bekannten Erwärmungsphasen der jüngeren Erdgeschichte. Bei der von Menschen gemachten globalen Erwärmung werde eine Temperaturerhöhung von vier bis fünf Grad Celsius binnen 100 Jahren erwartet; damit sei die Erwärmungsgeschwindigkeit etwa 100-mal größer als bei historischen natürlichen Klimaveränderungen. 2016 sei das wärmste Jahr seit Beginn der systematischen Messungen im Jahr 1880 gewesen. Er zeigte anhand von vier Bereichen auf, welche Auswirkungen steigende Temperaturen auf soziale und wirtschaftliche Entwicklungen hätten. Im Bereich der Landwirtschaft betrage der Produktivitätsverlust rund zehn Prozent je ein Grad Celsius höherer Temperatur. Beim Thema „Konflikte" gebe es statistische Studien aus der Subsahara-Region, wonach bei steigenden Temperaturen die Bereitschaft für Konflikte um fünf bis 20 Prozent zunehme. Er verwies hier auch auf den Zusammenhang mit den Auswirkungen auf die geringeren landwirtschaftlichen Erträge bzw. Missernten. Bei der Migration sehe eine noch unveröffentlichte Studie einen Zusammenhang zwischen steigenden Temperaturen im Herkunftsland und einem Anstieg von Migration im Verhältnis von ein Grad Celsius zu zehn Prozent mehr Asylanträgen in der EU. Abschließend erläuterte er den Zusammenhang von Temperatur und Wirtschaftsleistungen. In kälteren Ländern sei das BIP größer, wenn die Temperaturen wärmer seien. Hingegen sinke in warmen Ländern das BIP um ein Prozent bei einem Temperaturanstieg um jeweils ein Grad Celsius. Zusammenfassend sei sein Fazit: bei steigender globaler Erwärmung sinke die landwirtschaftliche Produktivität, gebe es eine höhere Konfliktneigung, mehr Migration und ein geringeres Wirtschaftswachstum in wärmeren Regionen.

Lord Hamilton of Epsom (Vereinigtes Königreich) thematisierte die Chancen aufgrund des Zusammenhangs zwischen stärkerem Pflanzenwachstum bei größeren CO_2-Konzentrationen in der Luft. Auch sah er Gründe für Hunger in der Welt eher in den hohen Geburtenraten und der Ungleichverteilung von Nahrungsmitteln. **Marshall Burke** entgegnete, durch mehr Wachstum steige auch der Wasserverbrauch, was höhere Kosten bedeute. Bei seinen Bewertungen sei es ausschließlich um den Einfluss der Temperatursteigerungen gegangen und nicht um andere Faktoren. Auf die Bitte der Abgeordneten **Lilja Alfredsdottir** (Island) nach politischen Handlungsempfehlungen sagte **Marshall Burke**, er vermisse eine politische Kosten-Nutzen-Analyse der Auswirkungen des Klimawandels. Eine Fortsetzung der wirtschaftlich orientierten Entscheidungen bedeute steigende Emissionen von Treibhausgasen und damit eine zunehmende Erwärmung.

III. Vortrag von Dick Zandee, leitender Wissenschaftler beim niederländischen *Clingendael*-Institut für Internationale Beziehungen, zum Thema „Eine Verstärkung der industriellen Fertigungsbasis für die europäische Verteidigung und die Bedeutung für die Lastenteilung"

Dick Zandee sagte, die Herausforderungen für die europäische Verteidigungsindustrie seien die fragmentierten Märkte, die keine vergleichbaren Wettbewerbsvoraussetzungen hätten, und die Dominanz von einigen wenigen großen Unternehmen. Außerdem seien die Verteidigungshaushalte stark gekürzt und keine größeren multilateralen Projekte gestartet worden. Er sprach einen möglichen Fachkräftemangel in der Zukunft an und hinterfragte die weitere Entwicklung der aktuell hohen Exporte. Da die gemeinsame Beschaffung innerhalb der EU bei 20 Prozent stagniere, hätten die europäischen Verteidigungsminister jüngst eine Steigerung vereinbart. Dick Zandee erklärte, als Reaktion auf die Herausforderungen bedürfe es einer Steigerung der Verteidigungshaushalte mit mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung. Wichtig seien auch mehr gemeinsame Beschaffungen im Rahmen einer bi- und trilateralen Zusammenarbeit (sogenannte Cluster-Verträge) sowie kompatible Systeme und Technik. Gemeinsame Anforderungen und Standards müssten definiert werden. Für die Firmen benannte er den Schutz von Personen und Infrastruktur sowie eine länderübergreifende Zusammenarbeit als Perspektive. Durch die Entwicklung neuer Technologien und Innovationen müsse die industrielle und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Europas gestärkt werden. Abschließend nahm Dick Zandee Bezug auf das Reflexionspapier der Europäischen Kommission und den Vorschlag, einen Europäischen Verteidigungsfonds ab 2021 einzurichten, der mehr Effizienz bei den Ausgaben der Mitgliedstaaten für gemeinsame Verteidigungsfähigkeiten bringen soll.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Diskussion eröffnete Senator **Jean-Marie Bockel** (Frankreich), Generalberichterstatter zum Thema, mit der Frage nach den Auswirkungen des Brexit auf die britisch-französische Zusammenarbeit. **Dick Zandee** sagte, das Abkommen sei unabhängig von der EU. Er halte sogar eine Stärkung für möglich und nannte diese Art der kooperativen Zusammenarbeit einen wichtigen bilateralen Schlüssel. Der Abgeordnete **Mike Kelly** (Vereinigte Staaten) hinterfragte die von der Europäischen Kommission angestoßene Budgetsteigerung für Forschung und Entwicklung um 25 Prozent vor dem Hintergrund des Zwei-Prozent-Ziels des BIP, das nach wie vor nicht von allen Mitgliedstaaten erreicht werde. **Dick Zandee** erklärte, beides sei getrennt zu betrachten und dürfe nicht vermischt werden. Ziel sei, dass mit der Steigerung der Verteidigungsausgaben auch mehr in Forschung und Entwicklung investiert werde.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung" zum Thema „Der wirtschaftliche Reformprozess im Westbalkan: Eine Bewertung", vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Richard Benyon (Vereinigtes Königreich) und vorgestellt vom Abgeordneten Menno Knip (Niederlande)

Abgeordneter **Menno Knip** (Niederlande), Vorsitzender des Unterausschusses, stellte den Berichtsentwurf für den Berichterstatter Richard Benyon vor. Für die NATO bleibe der Westbalkan eine Region von besonderer Bedeutung. In den letzten 15 Jahren hätten die Westbalkanstaaten einen komplizierten und teilweise nur unzureichenden Übergang erlebt, der sich unter äußerst schwierigen Bedingungen vollzog. Er sei gekennzeichnet durch politische, ethnische und sektiererische Spannungen und Kriege, durch die Verlegung von Grenzen und die Entstehung neuer Staaten und Institutionen. Gründe dafür waren schlechte Regierungsführung, politische Instabilität, opportunistische Interventionen fremder Mächte und weitverbreitete Korruption. Viele internationale Akteure, darunter auch die EU und die NATO, hätten bei der Wahrung von Frieden und Stabilität in der Region eine wichtige Rolle gespielt, etwa durch die Förderung einer Post-Konflikt-Entwicklung und eines wirtschaftlichen Reformprozesses. Gleichwohl hätten die Auswirkungen der Finanzkrise in weiten Teilen der Region ein zehnjähriges signifikantes Wachstum des BIP und wirtschaftliche Reformen beendet. Es sei ein politisches Vakuum entstanden und das Vertrauen in politische und soziale Institutionen erschüttert worden. Abschließend erklärte Abgeordneter Menno Knip, die EU und die NATO müssten sich weiterhin intensiv für die Region einsetzen, um auf dem Weg zu mehr politischer Stabilität, Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung voranzukommen.

In der Diskussion erklärte der Abgeordnete **Dragan Sormaz** (Serbien), der negative Ansatz des Berichts sei nicht akzeptabel. Er verwies auf den inhaltlich guten und ausgewogenen Bericht des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit zum Thema „Die westlichen Balkanstaaten: Herausforderungen bei der europäischen und euro-atlantischen Integration" von Sonderberichterstatterin Ulla Schmidt (Deutschland), der 2016 in Istanbul verabschiedet worden sei. Auch der Abgeordnete **Genci Nimanbegu** (Montenegro) sprach sich für mehr Sensibilität bei der Wortwahl des Berichts aus, da nach wie vor eine Post-Konflikt-Situation bestehe. Auch würden die durch NATO-Beitritte einiger Länder aufgetretenen Spannungen politisch missbraucht.

V. Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen" zum Thema „Ermittlung und Dämpfung der Kosten des Klimawandels", vorgelegt von der amtierenden Berichterstatterin Abgeordnete Lilja Alfredsdottir (Island)

Die amtierende Berichterstatterin Abgeordnete **Lilja Alfredsdottir** (Island) sagte eingangs, die globalen Effekte des Klimawandels zeigten sich nirgends so extrem wie im Hohen Norden. Die Lufttemperatur habe im November 2016 nur knapp über dem Gefrierpunkt gelegen, 20 Grad Celsius höher als normalerweise um diese Zeit. Dieses Phänomen zeige, wie weit die Erwärmung fortgeschritten sei. Die Staatengemeinschaft habe mit dem historischen Übereinkommen von Paris deutlich gemacht, dass das derzeitige Verhalten zur Emission von Treibhausgasen geändert werden müsse. Der vorliegende Bericht beziffere einige Kosten des Klimawandels und untersuche, welche Abwägungen bei der Bewältigung dieser komplexen ökologischen Veränderung zu treffen seien. Steigende Meeresspiegel, die Zunahme von Stürmen und extremen Regenfällen sowie Dürren einerseits und zunehmende Kosten für Energie und Wasser andererseits seien wirtschaftliche und soziale Herausforderungen, auch mit Blick auf steigende Sicherheitsrisiken. Die Kosten des Klimaschutzes seien enorm, aber weitaus höhere Kosten seien absehbar, wenn nichts unternommen werde. Abschließend sprach sich Abgeordnete Lilja Alfredsdottir, für eine CO_2-Steuer aus, die die tatsächlichen Umwelt- und Sicherheitskosten widerspiegle, und für eine Subventionierung von erneuerbare Energien. Eine deutlich höhere Energieeffizienz müsse erreicht werden über kontinuierlich höhere, verbindlich vorgeschriebene Effizienzstandards.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In der Diskussion hinterfragte der Abgeordnete **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen), welchen Anteil menschliches Verhalten an der Temperaturveränderung habe. Es sei wissenschaftlich bewiesen, dass es auch in der Vergangenheit längere wärmere Zyklen gegeben habe. Der Abgeordnete **James Sensenbrenner** (Vereinigte Staaten) sprach sich gegen eine Behandlung des Themas aus, weil es den Focus der NATO von wichtigen Themen wie Sicherheit und Terrorismusbekämpfung ablenke. Senator **Philippe Mahoux** (Belgien) betonte die Sicherheits- und Wirtschaftsaspekte des Klimawandels. Der Abgeordnete **Harry van Bommel** (Niederlande) sprach sich für eine Verdeutlichung des Zusammenhangs zwischen dem Klimawandel und der Sicherheit im Bericht aus. Abgeordnete **Lilja Alfredsdottir** erklärte auf die Frage, welche Auswirkungen der Rückzug der USA aus dem Klimaabkommen hätte, es wäre ein schwerer Rückschlag. Ein internationales Agieren ohne die USA sei sehr schwierig, zumal auch China und Indien von ihren Zusagen abrücken könnten. Es würde aber sicherlich nicht das Ende des Abkommens bedeuten.

VI. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Zum Stand der Industriebasis für die europäische Verteidigung", vorgelegt vom Generalberichterstatter Senator Jean-Marie Bockel (Frankreich)

Generalberichterstatter Senator **Jean-Marie Bockel** erinnerte eingangs daran, dass das Thema den Generalbericht des Vorjahres „Haushaltspolitische und finanzielle Auswirkungen der neuen Herausforderungen für die transatlantische Sicherheit" fortschreibe. Er thematisiere die strukturellen Probleme, so hätten beispielsweise fehlende Marktregelungen und nationaler Protektionismus zur Fragmentierung der europäischen Rüstungsmärkte geführt. Eine starke Industriebasis sei jedoch erforderlich für die benötigten Fähigkeiten einer gemeinsamen Verteidigungspolitik mit entsprechendem Abschreckungspotential. Er erläuterte, die Überwindung der Defizite könne nur durch einen stärker integrierten europäischen Markt einerseits und eine abgestimmten Definition des Rüstungsbedarfs, eine koordinierte Planung und der gemeinsamen Beschaffung andererseits gelingen. Ein wichtiger Schritt sei der EU-Kommissionsbeschluss aus Dezember 2016 zur Stärkung der Zusammenarbeit in einer Reihe von Sicherheits- und Verteidigungsfragen gewesen. Vereinbart wurde darin ein europäischer Verteidigungsplan, der unter anderem eine finanzielle Unterstützung für solche Mitgliedsstaaten anbiete, die sich in Projekten der gemeinsamen Beschaffung und Entwicklung von Fähigkeiten engagierten und Maßnahmen zur Implementierung der in Warschau beschlossenen Erklärung von EU und NATO umsetzten. Abschließend sprach er sich für eine Intensivierung des transatlantischen Rüstungshandels aus.

In der Diskussion betonte der Abgeordnete **Georgios Kyritsis** (Griechenland) die Kosten für das Engagement der südlichen Länder zur Sicherung der EU-Außengrenze. Der Abgeordnete **Ivans Klementjevs** (Lettland) thematisierte das Problem kleinerer Länder, insbesondere an der östlichen EU-Außengrenze, da ihre Verteidigungsmärkte zu klein und daher nicht überlebensfähig seien. Senator **Jean-Marie Bockel** erklärte, keine nationale Armee in Europa könne inzwischen alleine den Schutz des eigenen Landes gewährleisten. Ein multilateraler Ansatz sei demnach wichtig für die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent.

VII. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter **Faik Öztrak** (Türkei), erklärte, für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen" stünden in diesem Jahr die Kosten des Klimawandels im Vordergrund. Dazu habe bereits ein Besuch in Spitzbergen stattgefunden. Im September sei ergänzend ein Besuch in der kanadischen Arktis geplant. Der Vorsitzende des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung" Abgeordneter **Menno Knip** (Niederlande) berichtete, für die Themen des Unterausschusses in diesem Jahr, der wirtschaftliche Reformprozess auf dem Westbalkan, seien Reisen nach Serbien und ein Rose Roth-Seminar in Slowenien vorgesehen.

7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am 27. Mai 2017 in Tiflis unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Philippe Vitel** (Frankreich) zusammen, um die Themen verteidigungsrelevante Forschung in Europa, Russlands Militär in der Schwarzmeerregion, Internet der Dinge, mögliche Folgen des Klimawandels im Nahen Osten sowie Wassersicherheit im Nahen Osten und Nordafrika zu beraten.

I. Vortrag von Dick Zandee, leitender Wissenschaftler beim niederländischen *Clingendael*-Institut für Internationale Beziehungen zum Thema „Verteidigungsrelevante Forschung und Entwicklung in Europa und ihre Folgen für das *burdensharing*"

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zum Einstieg erinnerte **Dick Zandee** die Ausschussmitglieder daran, dass verteidigungsrelevante Forschung und Entwicklung vielfach auch zivil genutzt werde – insbesondere beim Personenschutz, bei der Kommunikation und Aufklärung. Zur Effizienzsteigerung und Stärkung der europäischen Verteidigungsforschung habe die EU einen bis 2019 laufenden und mit 90 Millionen Euro ausgestatteten Verteidigungsaktionsplan aufgelegt, der die Basis bieten solle für den Europäischen Verteidigungsfonds. Zwei Schwierigkeiten seien dabei aus dem Weg zu räumen: in den Verteidigungsministerien der einzelnen Mitgliedsländer die Finanzierung bewilligt zu bekommen und dann die Forschungsergebnisse zügig in konkrete Fähigkeiten umzusetzen.

Auf die Frage der Abgeordneten **Maria Martens** (Niederlande), wie die Mitgliedstaaten ihre Prioritäten setzten und ob sie bereit seien zu kooperieren, entgegnete **Dick Zandee**, die Absprache der Bündnisstaaten untereinander, aber auch zwischen der EU und NATO habe sich deutlich verbessert – nicht zuletzt wegen der neuen Situation an den EU-Außengrenzen und des Drucks aus Washington. Abgeordneter **Matej Tonin** (Slowenien) erkundigte sich nach den Möglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die beispielsweise am Internet der Dinge arbeiteten, EU-Förderungen zu erhalten. **Dick Zandee** räumte ein, dass es für sie in dem Bereich der Verteidigungsforschung schwer sei, jedoch liege zum Beispiel die Cybersicherheit im zivilen Bereich, wo es für KMUs Programme der EU gebe. Auch plädierte er für ein aktiveres Vorgehen der interessierten Firmen. **Baroness Ramsey of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) warf die Frage auf, ob die Rüstungsfirmen Europas überhaupt ausreichend Interesse am Europäischen Verteidigungsaktionsplan zeigten. **Dick Zandee** bejahte das und erklärte: Für die Ausarbeitung des Programms seien Fachleute herangezogen worden, so dass der Plan Hand und Fuß habe. Und das habe die Verteidigungsindustrie überzeugt, sich immer stärker daran zu beteiligen. Abgeordneter **Mindaugas Puidokas** (Litauen) befürchtete eine unzureichende Koordinierung der Mitgliedsländer untereinander und fragte, welche Mechanismen in der Beschaffungsphase vorgesehen seien. **Dick Zandee** erläuterte, dass die Koordinierung bereits vorher im NATO-Rahmen erfolge und bei der Produktion als Ergebnis von Forschung und Entwicklung nicht immer alle, sondern jeweils nur einige Ländergruppen beteiligt seien.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Den technologischen Vorsprung der NATO wahren: Strategische Anpassung + Forschung & Entwicklung im Bereich der Verteidigung", von Generalberichterstatter Abgeordneter Thomas Marino (Vereinigte Staaten), vorgestellt von der Abgeordneten Maria Martens (Niederlande)

Abgeordnete **Maria Martens** (Niederlande) fasste den Generalberichtsentwurf für den an der Teilnahme verhinderten Abgeordneten Thomas Marino (Vereinigte Staaten) zusammen. Dabei schilderte sie zunächst die neue strategische Realität, der sich die NATO durch ein wiedererstarktes Russland und ein immer einflussreicheres China gegenübersehe. Dazu komme ein riesiger Innovationsschub, der weniger von Staaten als vielmehr von KMUs - mitunter sogar Einzelnen - ausgelöst werde. Damit entgleite den hochentwickelten Ländern das Innovationsmonopol und darauf müsse sich die NATO rasch mit Zukunftsinvestitionen in Verteidigungsfähigkeiten einstellen. Wolle die NATO ihre Glaubwürdigkeit aufrechterhalten, dürften potentielle Gegner nie den Eindruck gewinnen, dass die Allianz ihrer Beistandsverpflichtung nicht nachkommen könne. Sowohl die USA hätten mit ihrer Verteidigungsinitiative als auch die EU mit ihrem Verteidigungsaktionsplan auf die neuen Herausforderungen reagiert.

Die Diskussion eröffnete Abgeordneter **Bill Johnson** (Vereinigte Staaten) mit der Feststellung, dass der Bericht verdeutliche, wie wichtig Investitionen in Forschung und Entwicklung seien. Dem pflichtete Abgeordneter **Rick Larsen** (Vereinigte Staaten) bei, gab jedoch zu bedenken, dass die besten Innovationen nichts taugten, wenn sie nicht zügig umgesetzt würden.

III. Vortrag von Irakli Menagarishvili, Direktor des georgischen Zentrums für Strategische Studien, zum Thema „Modernisierung des russischen Militärs und die Schwarzmeerregion"

Der Institutsleiter **Irakli Menagarishvili** begann seine Ausführungen mit der Feststellung, dass die militärische Modernisierung Russlands seit 2008 die Sicherheit in der Schwarzmeerregion beeinträchtige. In drei Phasen habe Russland zunächst die Ausbildung der Soldaten verbessert, anschließend ihren Sold erhöht und ihnen letztlich eine bessere Ausrüstung an die Hand gegeben. Obwohl die Sanktionen eine Verlangsamung dieser Entwicklung bewirkt hätten, verbessere Russland kontinuierlich seine Artillerie, Panzer und UAVs. In Syrien teste Russland dann sein neuentwickeltes Militärgerät.

Auf die Frage des Abgeordneten **Matej Tonin** (Slowenien), ob Russland die Verteidigungsanstrengungen angesichts der Sanktionen und des sinkenden Lebensstandards der Bevölkerung langfristig durchhalten könne, erwiderte **Irakli Menagarishvili**, er sehe keine Anzeichen für ein Umlenken Russlands, ganz im Gegenteil: mit seinen Aktionen in der Ukraine und Syrien befeuere Präsident Putin bewusst Krisen. Die Frage des Abgeordneten **Andrei**

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Pop (Rumänien), wie gut ausgebildet die russische Soldaten seien, beantwortete **Irakli Menargarishvili** mit dem Hinweis auf den Krimeinsatz, der gezeigt habe, wie modern und schlagkräftig die russische Armee sei.

IV. Berichtsentwurf des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit" zum Thema „Das Internet der Dinge - Verheißungen und Gefahren einer riskanten Technologie", vorgelegt von Berichterstatter Matej Tonin (Slowenien)

Berichterstatter Abgeordneter **Matej Tonin** (Slowenien) stellte seinen Berichtsentwurf zu den Gefahren und Chancen des Internets der Dinge (IoT) vor und erläuterte, dass bis 2025 etwa 60 Milliarden Gegenstände des Alltags weltweit miteinander vernetzt sein werden. Die NATO habe ihre Wissenschaftsorganisation mit einer Dreijahresstudie beauftragt, die militärischen Anwendungsbereiche des IoT zu untersuchen; vergleichbares habe die EU für den zivilen Bereich initiiert. Die größte Aufgabe liege darin, das IoT sicher zu machen. Dabei spielten die Parlamente eine wichtige Rolle, denn sie könnten den Markt regulieren, Umwelt- und Gewährleistungsregeln verabschieden, wobei jedoch fein justiert werden müsse zwischen einer fortschrittshemmenden Regulierung der IoT-Technologie und ihren technologischen Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Abgeordneter Matej Tonin ermahnte die Parlamentarier, ausreichend Mittel in die Forschung und Entwicklung zu investieren, um nicht permanent hinter der Wirtschaft hinterherzuhinken.

Baroness Ramsey of Cartvale (Vereinigtes Königreich) betonte ebenso wie Abgeordneter **Andrej Pop** (Rumänien) die Vorzüge des IoT - letzterer nannte Afrika und Indien als aufstrebende Industrieregionen, bei denen die Regulierung deutlich geringer sei, so dass mittelfristig eine Konkurrenz zu Europa erwachsen könnte. Abgeordneter **Matej Tonin** (Slowenien) betonte die Bedeutung einer guten Cyberabwehr, um Risiken im Zusammenhang mit IoT zu minimieren, und erwähnte, dass die EU derzeit an Mindestanforderungen arbeite. Abgeordneter **Ziya Pir** (Türkei) zeigte sich besorgt über die potentiellen zukünftigen Gefahren durch das IoT, weil auch international agierende Terrororganisationen sich darauf Zugriff verschaffen könnten. Der Berichterstatter erläuterte, dass die NATO diese Risiken genau untersuche und an einem Abwehrkonzept arbeite.

V. Vortrag von Marshall Burke, Zentrum für Ernährungssicherheit und Umwelt, Stanford University, zum Thema "Klimawandel und seine möglichen Auswirkungen auf die Wirtschaft"

Einleitend stellte **Marshall Burke** fest, dass die globale Erwärmung zwar alle Erdteile betreffe, jedoch nicht mit gleicher Intensität; so seien hoch gelegene Regionen stärker als andere betroffen. Je nach Gegenmaßnahmen und Klimaprognose erreiche die Erderwärmung bis 2100 zwischen einem und vier Grad Celsius. In Ländern wie dem Nahen Osten und Nordafrika könnte dies zu Durchschnittstemperaturen von 40 bis 60 Grad führen, was die Besiedelung und Infrastruktur der betroffenen Regionen extrem erschweren und beeinträchtigen würde. Der Klimawandel schmälere den landwirtschaftlichen Ertrag weltweit und Berechnungen gingen davon aus, dass ein Grad Erwärmung zehn Prozent Ernteausfall mit sich bringe. Auch Konflikte nähmen zu, wenn die Lebensmittelpreise stiegen. Ein weiterer Effekt sei eine verstärkte Migration aus hitzegeschädigten Ländern in gemäßigtere Klimaregionen.

Abgeordneter **Domenico Scilipoti** (Italien) bat um Auskunft, ob Berichte zutreffend seien, dass in Brasilien zum Beispiel aufgrund der Erwärmung die Ernten ertragreicher seien. **Marshall Burke** erklärte, das könne bei einzelnen Agrarpflanzen durchaus zutreffen, weil sie unterschiedlich reagierten. Im kalifornischen Napa Valley jedoch sei es inzwischen zu heiß für den Weinanbau geworden und generell müsse man wohl feststellen, dass die meisten Pflanzen höhere Temperaturen nicht vertrügen. Abgeordneten **Philippe Vitels** (Frankreich) Bemerkung, man müsse sich darüber im Klaren sein, dass es bereits jetzt Klimaflüchtlinge – beispielsweise aus Syrien und Algerien - gebe, nahm **Marshall Burke** für seinen Schlussappell an die Ausschussmitglieder zum Anlass, so rasch wie möglich die Agrarproduktion zu optimieren, indem beispielsweise die Agrarpflanzen resilienter gemacht würden.

VI. Entwurf des Sonderberichts „Nahrungs- und Wassersicherheit im Nahen Osten und Nordafrika", vorgelegt vom Abgeordneten Osman Askin Bak (Türkei)

Berichterstatter Abgeordneter **Osman Askin Bak** (Türkei) begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass der Klimawandel nicht nur für die NATO, sondern die Welt insgesamt eine Bedrohung darstelle. Bei der Südregion als Fokus für die NATO sei Nahrungsmittel- und Wassersicherheit bereits heute ein zentrales Problem. Gerade in der MENA-Region multiplizierten sich die Klimafolgen in Form von Wüstenbildung und Wasserknappheit. Im gegenläufigen Trend zur Ernährungssituation weltweit habe sich die Hungersnot in dieser Region verstärkt, in der sich die Bevölkerung bis 2050 verdoppeln werde. Neben dem Klimawandel spielten auch politische

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Faktoren und Missmanagement eine Rolle - beispielsweise staatliche Beihilfen zu wasserintensiven Anbaumethoden. Da sollte mit dem Anbau geeigneter Pflanzen und verbesserter Bewässerungstechniken gegengesteuert werden. Auch Entsalzungs- und Wasseraufbereitungsanlagen könnten einen Ausweg aus der Wasserknappheit aufzeigen.

VII. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzende informierte die Ausschusskollegen über die im Jahr 2017 anstehenden Besuche. Gemeinsam mit dem Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen" plane der Hauptausschuss im September einen Besuch Kanadas, um sich dort konkrete Eindrücke und Informationen zu den Themen Hoher Norden, Klimawandel und Energiesicherheit zu verschaffen. Der Unterausschuss „Technologietrends und Sicherheit" wolle sich in Deutschland mit dem Internet der Dinge*, big data,* Künstlicher Intelligenz und der Energiewende befassen.

8. Plenarsitzung

Am Montag, 29. Mai 2017, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Paolo Alli (Italien), die Plenarsitzung in Tiflis statt.

I. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Paolo Alli (Italien)

Zu Beginn seiner Rede betonte Präsident **Paolo Alli** die historische Bedeutung dieser Sitzung in Tiflis; die Versammlung unterstütze Georgien seit 15 Jahren auf seinem Weg der Integration in die euroatlantische Gemeinschaft. Seit 2015 beteiligten sich die georgischen Streitkräfte als einer der größten Truppensteller an der RSM in Afghanistan und hätten damit auch ihre Verlässlichkeit als NATO-Partner unter Beweis gestellt. Präsident Paolo Alli fuhr fort, Georgiens Souveränität und territoriale Integrität habe größte Priorität in der Zusammenarbeit: die illegale und inakzeptable russische Okkupation der georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien sei mehrfach verurteilt worden. Der später noch zu beratende Entschließungsentwurf sei ein starkes Signal der Unterstützung für ein demokratisches und souveränes Georgien, dessen Zukunft in einer Mitgliedschaft der NATO liege. Mit Blick auf den anstehenden Beitritt Montenegros als 29. Mitglied der NATO gratulierte Präsident Paolo Alli dem Land und erklärte, dieser Beitritt zeige, dass die Tür der NATO weiter offen bleibe. Das sei ein wichtiges Signal für Georgien und alle anderen Beitritts-Aspiranten. Ein weiteres Thema war der Umgang mit Russland und die Abschreckungsfähigkeit der NATO. Präsident Paolo Alli bezog sich auf die Verstärkung der NATO-Präsenzen im östlichen Bündnisgebiet und in der Schwarzmeerregion. Der vor kurzem beschlossene Beitritt zur Anti-IS-Koalition sei eine richtige Antwort auf die Herausforderungen im Süden. In einer Welt, die gefährlicher und unberechenbarer geworden sei, sei die NATO der Eckpfeiler und unverzichtbare Garant der gemeinsamen Sicherheit. Er sprach in diesem Zusammenhang das Ungleichgewicht der Lastenteilung an und appellierte an die Parlamentarier, aktiv an notwendigen Veränderungen mitzuwirken. Auch müsse der politische Dialog mit den VN und den regionalen Organisationen in Afrika und dem Nahen Osten zur Krisenverhinderung und -beilegung intensiviert werden. Abschließend erwähnte Präsident Paolo Alli die von ihm initiierte Arbeitsgruppe der Versammlung „Aufklärung der Öffentlichkeit über die NATO". Demokratie und Sicherheit seien nicht selbstverständlich. Dies den Bevölkerungen und auch zukünftigen Generationen besser zu vermitteln, sei eine wichtige Aufgabe.

II. Ansprache des Präsidenten des georgischen Parlaments, Irakli Kobakhidze

Präsident **Irakli Kobakhidze** erinnerte an den vor einigen Tagen gefeierten Unabhängigkeitstag seines Landes und dankte der Versammlung für die Unterstützung und enge Kooperation seit vielen Jahren. Georgien wolle ein Modell-Land in der Region werden mit einem stabilen politischen System und demokratischen Institutionen auf dem Fundament des Grundsatzes der Gewaltenteilung. Der Prozess des Beitritts sei dynamisch und er gehe davon aus, dass Georgien eines Tages die volle Mitgliedschaft der NATO erhalten werde.

III. Ansprache des Staatspräsidenten von Georgien, Giorgi Margwelaschwili

Staatspräsident **Giorgi Margwelaschwili** erklärte, die Tagung der Versammlung werde im Land als eine wichtige Geste wahrgenommen, denn die NATO-Mitgliedschaft sei neben einem EU-Beitritt für Georgien ein vorrangiges außenpolitisches Ziel. Auch er erinnerte an die Unabhängigkeitserklärung vor 26 Jahren und sagte, sein Land leiste als Partner der NATO inzwischen einen Beitrag für Stabilität und Frieden in der Welt. Jedoch zahle Georgien einen Preis für das Ziel, sich in den euroatlantischen Raum zu integrieren und eine freie Gesellschaft zu

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

werden. Aktuell seien 20 Prozent des Staatgebietes besetzt, Georgien sei jedoch um eine konstruktive Politik bemüht, um die Situation nicht weiter zu verschärfen. Eine große Herausforderung sei die Erhaltung der Stabilität im Land. Der Staatspräsident sprach den aktuell anstehenden Reformprozess an. Zwei Schwerpunkte seien eine unabhängige und freie Justiz sowie freie Medien. Für eine geplante neue Verfassung sei der gesellschaftliche Dialog von großer Bedeutung. Abschließend sagte er, das georgische Volk warte geduldig auf den Tag, an dem das Bündnis Georgien als neues Mitglied aufnehme.

IV. Ansprache des Premierministers von Georgien, Giorgi Kwirikaschwili

Auch Premierminister **Giorgi Kwirikaschwili** betonte die vor 26 Jahren von Georgien verabschiedete Unabhängigkeitserklärung. Dass die NATO PV just zu diesem Zeitpunkt in Georgiens Hauptstadt Tiflis zu ihrer Frühjahrstagung zusammenkomme, sei kein Zufall. Der Premierminister verwies auf die positive Dynamik, die der Aufnahmewunsch Georgiens in die NATO und EU in seinem Land entwickle. Bereits 1991 habe Georgien seine Zugehörigkeit zu Europa unterstrichen und arbeite seither an demokratischen Fortschritten, indem es die Grundrechte, eine freie Presse und die Unabhängigkeit der Justiz garantiere. Ferner sei es gelungen, die Korruption zurückzudrängen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Zukünftig könne Georgien ein wichtiger Knotenpunkt für Waren und Dienstleistungen werden. Potenzial sah der Premierminister auch in der Nutzung von Wasserkraft, Biomasse und Solarenergie. Die NATO habe 30 Experten ins Land entsandt und zur Evaluierung und Optimierung der militärischen Ausrüstung und Ausbildung ein gemeinsames Zentrum aufgebaut. Abschließend hob der Premierminister hervor, dass sein Land auch Sicherheit biete, indem es Truppen für Einsätze in Afghanistan und Afrika stelle.

V. Ansprache der stellvertretenden Generalsekretärin der NATO, Rose Gottemoeller, mit anschließender Diskussion

Zu Beginn ihrer Rede würdigte die stellvertretende NATO-Generalsekretärin **Rose Gottemoeller** Georgiens Bemühungen und Fortschritte auf seinem Weg in die NATO und EU. Zugleich betonte sie, dass die NATO PV zuletzt 2002 in einem Land getagt habe, das damals auf den NATO-Beitritt hingearbeitet habe. Kurz fasste sie die Ergebnisse des gerade zurückliegenden Gipfels im neuen NATO-Hauptquartier zusammen. Zwei Themen hätten im Mittelpunkt gestanden: eine gerechte Lastenverteilung im Bündnis und die Terrorbekämpfung. Beim Thema Terrorbekämpfung erinnerte sie daran, dass erstmalig in der Geschichte der NATO einen Tag nach 9/11 der Bündnisfall nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrages ausgerufen worden sei. Daraufhin hätten AWACS den US-Luftraum überwacht, seien hunderttausende Soldaten für die NATO in Afghanistan stationiert gewesen - darunter auch georgische Einheiten. Neben ihrem Einsatz in Afghanistan unterstütze die NATO den Kampf gegen den sogenannten IS. Für beide Einsätze hätten die Regierungschefs in Brüssel ein stärkeres Engagement verabredet. Dabei gehe es nicht um Kampfeinsätze, sondern Koordinierungs- und auch Ausbildungsaufgaben, wie zum Beispiel gegenwärtig im Irak, wo Soldaten für die Entschärfung von Sprengfallen ausgebildet würden. Für die Terrorbekämpfung sei es unverzichtbar, die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit deutlich zu verbessern. Dafür werde eine neue Abteilung bei der NATO eingerichtet - ebenso eine Einheit in Neapel zur Überwachung regionaler und terroristischer Bedrohungen. Das zweite Thema – die faire Lastenverteilung - sei besonders unter dem Aspekt der zunehmenden Bedrohungen wie instabile Lage im Süden, Waffenproliferation, Cyberattacken und ein herausforderndes Russland zu betrachten. Seit 2014 werde wieder in Verteidigung investiert und in Brüssel seien die Regierungschefs übereingekommen, jährliche Verteidigungspläne zu veröffentlichen. Zuletzt erwähnte Rose Gottemoeller noch, mit Montenegro sei ein weiteres Land dem Bündnis beigetreten, was zeige, dass die NATO ihre Tür offen halte, wobei es den Ländern vorbehalten bleibe, ob sie dem Bündnis beitreten wollten oder nicht.

Die Diskussionsrunde leitete Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) mit der Frage ein, wie jenseits der Bemühungen in jedem einzelnen Land die NATO einen Beitrag dazu leisten könne, die Arbeit der Geheimdienste bei der Terrorbekämpfung zu unterstützen. **Rose Gottemoeller** nahm die Frage zum Anlass, bei der Einrichtung des neuen Terrorabwehrzentrums der NATO eine Unterstützung in einzelnen Ländern der NATO mit zu berücksichtigen und versprach, dass beim nächsten Treffen in Brüssel anzusprechen. Abgeordneter **Carlos Costa Neves** (Portugal) erkundigte sich nach einer möglichen Frist, bis wann die Bündnisländer ihr gemeinsam erklärtes Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen hätten und wie eine Koordinierung der einzelnen *roadmaps* aussehe. Die stellvertretende Generalsekretärin **Rose Gottemoeller** erläuterte, dass jedes der nunmehr 29 Bündnisländer jährlich einen aktualisierten Bericht zur Zwei-Prozent-Planung vorlegen werde. Selbstverständlich müsse festgestellt und koordiniert werden, in welchem Umfang die Verbündeten Verteidigungsfähigkeiten bereitstellten. Abgeordneter **Miro Kovac** (Kroatien) wollte wissen, wie die NATO der hybriden Kriegsführung begegnen solle und wie es um den

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Bündniszusammenhalt bestellt sei. **Rose Gottemoeller** betonte, dass die NATO mit der Einrichtung eines Zentrums für hybride Kriegsführung auf diese neue Gefahr reagiert habe; über die dort laufenden Studien hinaus gäbe es realitätsbezogene Übungen und Szenarien. Zur Frage der Bündniskohäsion stellte sie fest, dass die Stärke der NATO gerade in ihrer Unterschiedlichkeit begründet sei. Um Kompromisse zu finden, seien unter den Demokratien der Allianz oft ein zähes Ringen und eine langwierige Überzeugungsarbeit notwendig. Den Hohen Norden bezeichnete Abgeordnete **Arna Sigurbjörnsdottir** (Island) als immer bedeutender - strategisch wie wirtschaftlich - und zeigte sich besorgt über potenzielle Spannungen zwischen den Arktisanrainern, über die Klimaauswirkungen der wirtschaftlichen Nutzung der Arktis und die verstärkte Militarisierung der Region durch Russland. **Rose Gottemoeller** bestätigte die Besorgnis der Abgeordneten aus Island und zugleich auch, dass die NATO das Problem auf dem Radar habe. Um die Situation gut einschätzen zu können, benötige die NATO ihre Arktisanrainerstaaten und deren Expertenwissen. Was die strategisch-militärische Reaktion auf Russlands Aufwuchs in der Arktis anbelange, werde die NATO ihre Präsenz in der Region verstärken - möglicherweise mit einer verbesserten U-Boot-Abwehr. Abgeordneter **Jozo Rados** (Europäisches Parlament) bekräftigte, wie wichtig angesichts der vielfältigen Herausforderungen eine enge Kooperation zwischen Europäischem Parlament und NATO sei, und forderte eine strategische Partnerschaft, Komplementarität und Synergienutzung zwischen beiden Institutionen. **Rose Gottemoeller** begrüßte den Paradigmenwechsel - fort von Abgrenzung und hin zu Kooperation -, der innerhalb kurzer Zeit zwischen der NATO und EU vollzogen worden sei. Die NATO - primär ein Verteidigungsbündnis - und die EU - primär ein Wirtschaftsbündnis - verfügen über Werkzeugkisten mit unterschiedlichen Werkzeugen; mit beiden ließen sich die Ziele gemeinsam erreichen. Senator **Raffaele Volpi** (Italien) plädierte bei allem Verständnis für die Fokussierung auf Osteuropa - insbesondere Russland - dafür, die Mittelmeerländer nicht aus dem Blickfeld zu verlieren; da reiche der Blick auf die Verteidigungsausgaben allein nicht. Südeuropa leiste einen immensen Beitrag zur Sicherheit der NATO und zur Wahrung ihrer Werte. **Rose Gottemoeller** versicherte dem Senator aus Italien, dass die NATO sehr wohl wisse und würdige, was Länder wie Griechenland, Italien, Spanien leisteten. Das Bündnis sei ebenfalls in zahlreichen Maßnahmen im Mittelmeer unterwegs und aktuell damit beschäftigt, in Libyen Unterstützung zu bieten. Abgeordnete **Leona Alleslev** (Kanada) gab zu bedenken, dass militärisches Gerät immer teurer und aufwendiger werde, so dass sich manche Länder diese Fähigkeiten nicht leisten könnten. Wie sei nachweisbar zu bewerkstelligen, dass Interoperabilität und faire Beschaffung unter den Mitgliedsländern realisiert werden? Dazu - so antwortete **Rose Gottemoeller** - habe die NATO gerade bei einem Expertengremium eine Studie in Auftrag gegeben, wobei es auch darum gehe, die Beschaffung zu beschleunigen - derzeit dauern manche Vorhaben 16 Jahre - und dabei neue technologische Entwicklungen zu berücksichtigen, ohne jedoch die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen. Abgeordnete **Jasna Murgel** (Slowenien) zeigte sich sehr beunruhigt über die Situation in den Nachbarländern; in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, im Kosovo sowie in Bosnien und Herzegowina werde die Lage immer explosiver und die Abgeordnete fragte, was die NATO zu einer Beruhigung beitragen könne. **Rose Gottemoeller** bestätigte die Einschätzung der Sicherheitslage auf dem westlichen Balkan und unterstrich, dass EU wie NATO dort alles unternähmen, um die Länder bei ihren Reformvorhaben zu unterstützen. Dabei müsse die Bevölkerung, die mitunter EU- und NATO-skeptisch sei, mitgenommen und von den Vorzügen einer Mitgliedschaft überzeugt werden. Es gehe längst nicht ausschließlich um Verteidigungsaspekte, sondern ganz konkret um Hilfe - wie beispielsweise bei der Flutkatastrophe in Montenegro, wo die NATO umfängliche Unterstützung geleistet habe. Die Diskussion schloss mit der Frage des Abgeordneten **Han ten Broeke** (Niederlande) ab, ob es bei der militärischen Kooperation unter den Alliierten denn Möglichkeiten gebe, Druck aufzubauen, wenn einzelne Verbündete kooperationsunwillig seien. **Rose Gottemoeller** erinnerte daran, dass die Verpflichtung der Verbündeten zur Verteidigungskooperation ein noch relativ junges Projekt der NATO und zunächst erst einmal abzuwarten sei, wie die Pläne dazu in den einzelnen Bündnisländern aussehen und realisiert würden. Sie zeigte sich sehr zuversichtlich bei der Umsetzung der Kooperationspläne und dankte den NATO-Parlamentariern für die ertragreiche Debatte.

VI. Ansprache des Präsidenten des ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada), Andrij Parubij

Parlamentspräsident **Andrij Parubij** wies zu Beginn seiner Rede darauf hin, dass Georgien wie auch die Ukraine einen hohen Preis für die Freiheit ihrer Bürgerinnen und Bürger aufgrund der Aggression Russlands bezahlt hätten. Er erinnerte an den russisch-georgischen Krieg 2008, wo er Augenzeuge von russischer Gewalt gegen die Zivilbevölkerung gewesen sei. Er beklagte, dass die freie Welt aus diesem Akt keine ausreichenden Konsequenzen gezogen habe, so dass Russland ermutigt gewesen sei, 2014 die Ukraine anzugreifen. Er zeigte sich überzeugt, dass Russland seine Einflusssphäre auf den Stand zu Zeiten der UdSSR wiederherstellen wolle und damit eine

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Gefahr für die Welt insgesamt darstelle. Dies sei an einem militärischen Aufwuchs an den Grenzen Europas festzustellen. Abschließend appellierte er an die Delegierten, sich gemeinsam und energisch dieser Herausforderung des Kreml zu stellen.

VII. Beratung des Erklärungsentwurfs

Der Erklärungsentwurf „Unterstützung der euroatlantischen Integration Georgiens" des Ständigen Ausschusses wurde durch die Vizepräsidentin der Versammlung, Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen), vorgestellt. Die Versammlung wolle damit die bemerkenswerte Entwicklung Georgiens würdigen und eine nachdrückliche Unterstützung und Ermutigung aussprechen, die Bemühungen in dieser Richtung fortzusetzen. Auch wurden Instrumente der Zusammenarbeit auf dem Weg zum MAP genannt, der überfällig sei. Die georgische Delegation brachte einen Änderungsantrag ein. In der Erklärung solle ergänzt werden, dass die Bewegungs- und Handelsfreiheit entlang der Administrativen Grenzlinie zu ermöglichen sei. Der Änderungsantrag sowie die entsprechend ergänzte Erklärung wurden mit breiter Mehrheit angenommen.

VIII. Bericht des Generalsekretärs der Versammlung, David Hobbs, und Abstimmung über Dokumente zum Haushalt 2016

Generalsekretär **David Hobbs** stellte die Finanzberichte aus dem Jahr 2016 für den Schatzmeister, Abgeordneter Marc Angel (Luxemburg), vor. Alle Finanzdokumente wurden von der Versammlung angenommen.

IX. Abstimmung über Änderungen der Geschäftsordnung

Der erste Teil der Änderungsanträge beinhaltete den Vorschlag des Ständigen Ausschusses, in der Präambel der Geschäftsordnung zu ergänzen, dass in jeder nationalen Delegation beide Geschlechter vertreten sein sollten. Außerdem sollte die Geschäftsordnung geschlechtsneutral formuliert werden. Die Änderungen wurden mehrheitlich von der Versammlung gebilligt. Der zweite Teil betraf die Erhöhung der Sitze der türkischen Delegation von zwölf auf 18 aufgrund der gestiegenen Einwohnerzahl. Den vorgeschlagenen Änderungen stimmte die Versammlung mehrheitlich zu. Der dritte Teil betraf Änderungen durch den anstehenden Beitritt Montenegros. Diese wurden einstimmig angenommen.

Berlin, den 18. Oktober 2019

Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier
Leiter der Delegation des Bundesrates

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abkürzungsverzeichnis

ANDSF	Afghan National and Defence Security Forces (afghanische nationale Verteidigungs- und Sicherheitskräfte)
ANSF	Afghan National Security Forces (afghanische nationale Sicherheitskräfte)
AWACS	Airborne Early Warning and Control System (fliegendes Früherkennungs- und Vorwarnsystem)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DCFTA	Deep and Comprehensive Free Trade Area (vertiefte und umfassende Freihandelszone)
EPAA	European Phased Adaptive Approach (Angepasste Mehrphasige Ansatz in Europa)
EU	Europäische Union
EUMM	EU Monitoring Mission (EU-Beobachtungsmission)
FETÖ	Fethullahçı Terör Örgütü, (Fethullahistische Terrororganisation)
GFSIS	Georgien Foundation for Strategic and International Studies
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GYLA	Georgien Young Lawyers‘ Association
IoT	Internet of Things (Internet der Dinge)
IS	Daesh (Islamischer Staat)
ISAF	International Security Assistance Force (Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe)
KMU	kleinere und mittlere Unternehmen
MAP	Membership Action Plan (Aktionsplan zur Mitgliedschaft)
MENA	Middle East and North Africa (Naher Osten und Nordafrika)
NAR	Nordatlantikrat
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrags-Organisation)
NATO PV	Parlamentarische Versammlung der NATO
PVER	Parlamentarische Versammlung des Europarates
RSM	Resolute Support Mission (ISAF-Folgemission zur Ausbildung und Beratung sowie Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte)
SNGP	Substantielles NATO-Georgien-Paket
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, zwischen den USA und der EU)
UAV	Unmanned Aareial Vehicle (Unbemanntes Luftfahrzeug)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VN	Vereinte Nationen
VR	Volksrepublik

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage

E r k l ä r u n g 435

betreffend

Die Unterstützung der euroatlantischen Integration Georgiens[1]

Die Versammlung,

1. das georgische Volk zum 99. Jahrestag der Verabschiedung des Unabhängigkeitsgesetzes und zum 26. Jahrestag der Wiederherstellung der Unabhängigkeit ***beglückwünschend***;

2. ***sich*** zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem georgischen Parlament ***bekennend***, das am 8. Oktober 2016 im Rahmen wettstreitorientierter und gut organisierter Wahlen, bei denen die Grundfreiheiten grundsätzlich geachtet wurden, gewählt wurde;

3. ***unter Bekräftigung*** ihrer Unterstützung der Politik der offenen Tür der NATO gegenüber allen europäischen Demokratien, die die Werte des Bündnisses teilen und willens und in der Lage sind, die Aufgaben und Verpflichtungen einer Mitgliedschaft zu übernehmen, und ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass eine Entscheidung über die Mitgliedschaft in der NATO durch die Mitglieder und den betreffenden Beitrittskandidaten erfolgt und diese nicht durch Drittstaaten beeinflusst werden darf;

4. ***überzeugt***, dass die euroatlantische Integration einen Weg zur Stabilität bietet und die Erweiterungsrunden der Vergangenheit die euroatlantische Sicherheit und darüber hinaus auch die globale Sicherheit verbessert haben;

5. ***unter ausdrücklicher Würdigung*** des fortwährenden und wichtigen Beitrags Georgiens zur gemeinsamen euroatlantischen Sicherheit und seiner umfassenden Beteiligung an der Resolute Support Mission der NATO in Afghanistan und der gemeinsamen Spezialkräftetruppe und ***unter Anerkennung*** all derjenigen Angehörigen der georgischen Streitkräfte, die in Afghanistan ums Leben gekommen sind oder verwundet wurden;

6. ***unter Bekräftigung*** ihrer unablässigen Unterstützung der euroatlantischen Integration Georgiens, die unter anderem in der im Mai 2015 in Budapest verabschiedeten Erklärung 419 über die Erweiterung der NATO und die im November 2016 in Istanbul verabschiedete Entschließung 431 über die Unterstützung des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs der NATO zum Ausdruck gebracht wurde, und ***unter Hinweis auf*** die Bestimmungen der Erklärung des Gipfels von Bukarest vom 3. April 2008, dass Georgien NATO-Mitgliedstaat werden wird;

7. ***beeindruckt*** über die umfassende fortwährende Unterstützung der euroatlantischen Integration durch das Volk und die wichtigsten politischen Parteien in Georgien;

8. ***unter Begrüßung*** des substanziellen politischen Dialogs und der praktischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und Georgien, beispielsweise mithilfe von Integrationsmechanismen wie der NATO-Georgien-Kommission, des Nationalen Jahresprogramms und des Substanziellen NATO-Georgien-Pakets;

9. ***in Anerkennung*** der beachtlichen Fortschritte im Hinblick auf die Umsetzung dieses Pakets, wodurch die Widerstandskraft und die Verteidigungsfähigkeiten Georgiens gestärkt und die Interoperabilität mit den Streitkräften der NATO-Mitglieder verbessert werden und Georgien beim Vorankommen im Hinblick auf seine Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft im Bündnis unterstützt wird;

10. ***in Würdigung*** der gemeinsamen Bemühungen der NATO und Georgiens um die Entwicklung der im Juli 2016 eingeweihten *Defence Institution Building School* sowie Erlangung der Einsatzbereitschaft des Gemeinsamen Übungs- und Evaluierungszentrums seit dessen Einweihung im August 2015 und der Durchführung der gemeinsamen Manöver der NATO und Georgiens im November 2016;

11. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass die Beziehungen Georgiens zum Bündnis all die praktischen Instrumente beinhalten, die zur Vorbereitung auf eine künftige Mitgliedschaft dienen, und die Haltung der Verantwortlichen des Bündnisses ***zur Kenntnis nehmend***, dass Georgien NATO-Mitglied mit dem Mitgliedschafts-Aktionsplan als integralen Bestandteil des Prozesses werden wird;

[1] Vorgelegt vom Ständigen Ausschuss und verabschiedet von der Plenarversammlung am Montag, 29. Mai 2017, in Tiflis (Georgien).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

12. ***unter Betonung*** der strategischen Bedeutung der Schwarzmeerregion für die gemeinsame euroatlantische Sicherheit, ***in Anerkennung*** des Engagements Georgiens bei den strategischen Diskussionen über die Sicherheit im Schwarzen Meer und ***unter Begrüßung*** des Beschlusses des Gipfels von Warschau, diesbezüglich den laufenden Dialog und die laufende Zusammenarbeit mit Georgien weiter zu stärken;

13. ***in Würdigung*** der konsequenten und erheblichen Fortschritte Georgiens im Hinblick auf die weitere Konsolidierung seiner Demokratie, die Verbesserung der Transparenz seiner Institutionen und die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, wodurch Georgien als ein sehr positives Beispiel für die gesamte Region dient, und ***unter Anerkennung der Tatsache***, dass weitere Bemühungen vonnöten sind, um die Rechtstaatlichkeit und das System der gegenseitigen Kontrolle („checks and balances") zu stärken, Medienvielfalt zu gewährleisten und die politische Polarisierung abzubauen;

14. ***unter erneuter Bekräftigung*** ihrer entschlossenen Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen und unter Verurteilung der fortwährenden widerrechtlichen Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien, der gravierenden und massenhaften Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Regionen, der Einschränkungen der Bewegungsfreiheit entlang der Administrativen Grenzlinie, der fortwährenden Verletzung der sechse Punkte umfassenden Waffenstillstandsvereinbarung durch die Russische Föderation und der Schritte in Richtung der de-facto-Annexion dieser Regionen durch Russland sowie des intensiven Aufbaus militärischer Strukturen in diesen Gebieten, die eine ernste Bedrohung für Frieden und Sicherheit in der Region insgesamt darstellen;

15. ***unter Begrüßung*** der konstruktiven Politik Georgiens, deren Ziel der Abbau der Spannungen mit Russland ist und die einseitige Schritte wie die Verpflichtung zum Verzicht auf Gewalt bei der Wiederherstellung seiner territorialen Integrität, seine konstruktive Georgiens an den internationalen Diskussionen in Genf sowie die Bemühungen in Tiflis beinhalten, sich mit der Bevölkerung in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien ins Benehmen zu setzen;

16. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. Georgien im Prozess der NATO-Integration auch in Zukunft in politischer und praktischer Hinsicht entschlossen zu unterstützen;

b. die politische Dimension der NATO-Integration Georgiens weiter voranzubringen, um die Voraussetzungen für die Gewährung des Mitgliedschafts-Aktionsplans für Georgien in der Zukunft zu schaffen;

c. in vollem Umfang zur Umsetzung des Substanziellen Pakets beizutragen und weitere praktische Möglichkeiten zur Intensivierung der Bemühungen im Rahmen der Unterstützung Georgiens zu prüfen, beispielsweise mithilfe der Durchführung regelmäßiger gemeinsamer Übungen von NATO-Streitkräften und georgischen Streitkräften oder bilateralen Manövern und der Unterstützung der Stärkung seiner Luftabwehr-Verteidigungskapazitäten und weiteren Verteidigungskapazitäten;

d. Georgien dabei zu unterstützen, seine Fähigkeiten zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen auszubauen, beispielsweise von Propaganda- und Desinformationskampagnen, deren Ziel es ist, die Unterstützung der Öffentlichkeit für den prowestlichen strategischen Kurs zu untergraben;

e. den Dialog und die praktische Zusammenarbeit mit Georgien als Beitrittskandidat in Bezug auf die Sicherheit im Schwarzen Meer weiter zu intensivieren;

17. **FORDERT** die Regierung und das Parlament Georgiens **AUF**,

a. auch in Zukunft alle Möglichkeiten zu nutzen, um den von der NATO-Georgien-Kommission angebotenen NATO-Integrationsprozess, das Nationale Jahresprogramm, seine Rolle als Partner mit verstärkten Möglichkeiten, seine Beteiligung an der Verteidigungskapazitäten-Aufbauinitiative und das Substanzielle NATO-Georgien-Paket voranzubringen;

b. den Kurs der Stärkung der demokratischen Institutionen, Bewahrung des Systems der gegenseitigen Kontrolle („checks and balances“), der Stärkung einer unabhängigen Justiz, des Schutzes der Medienvielfalt sowie der Verbesserung des Dialogs und des Abbaus der Spannungen zwischen den regierenden und den oppositionellen Parteien beizubehalten;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

18. **FORDERT** die Russische Föderation **AUF**,

a. die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen zu achten, die Anerkennung der besetzten Regionen Georgiens als unabhängige Staaten zurückzunehmen und seine Streitkräfte aus diesen Gebieten abzuziehen;

b. ihre Verpflichtungen gegenüber Georgien zu erfüllen und sich an das Völkerrecht zu halten;

c. die einseitige Verpflichtung Georgiens zu erwidern, keine Gewalt anzuwenden und auf jegliche provokativen und aggressiven Schritte gegenüber Georgien zu verzichten;

d. den Zugang von internationalen Menschenrechtsbeobachtern zu den Regionen Abchasien und Südossetien zu erleichtern;

e. die Bewegungs- und Handelsfreiheit entlang der Administrativen Grenzlinie zu ermöglichen;

19. **VERPFLICHTET SICH**, ebenso wie in der Vergangenheit Georgien auch weiterhin zu unterstützen und dem Land beim Prozess der NATO-Mitgliedschaft Hilfe zu gewähren, beispielsweise im Rahmen des Interparlamentarischen Rates Georgien-NATO.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.